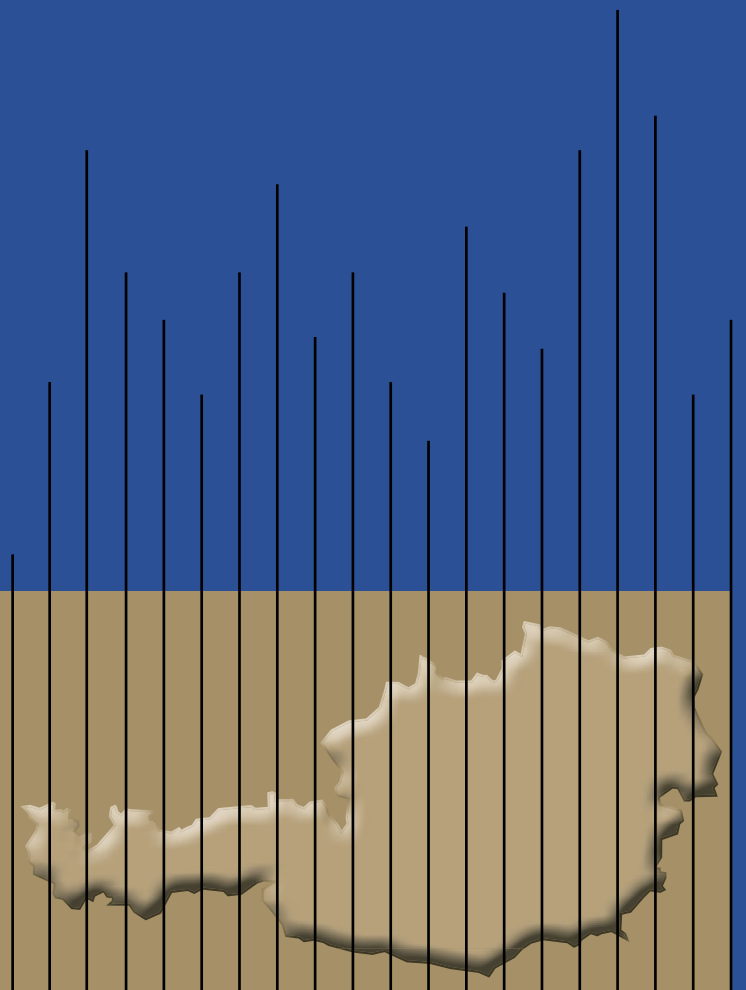


FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN



Inhalt

Kennzahlen	4
Überblick	6
1 Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum	8
1.1 Österreich zählt weltweit zu den leistungsstärksten Industrienationen	8
1.2 Anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse spiegeln hohe Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wider	13
1.3 Dank guter Konjunktur deutlicher Rückgang von Österreichs Budgetdefizit und Schuldenstand	16
2 Österreichische Banken profitieren vom günstigen Umfeld und von Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle	19
2.1 Profitabilität und Eigenmittelausstattung sollen weiter gestärkt werden	19
2.2 Auslandsgeschäft der österreichischen Banken weiterhin mit CESEE-Fokus	23
2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen entfalten weiterhin ihre Wirkung	24
2.4 Verbesserte externe Wahrnehmung des österreichischen Bankensektors	27
2.5 Österreichische Großbanken im einheitlichen Aufsichtsmechanismus	27
2.6 Krisenmanagement	30
2.7 Regulatorische Weiterentwicklung	30
3 Tabellenanhang	33

Redaktionsschluss Kennzahlen: 26. Juli 2018.

Redaktionsschluss Überblick: 10. April 2018.

Kennzahlen

Redaktionsschluss: 26. Juli 2018.

Tabelle 1

Kennzahlen – Realwirtschaft

	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18	2017	2018	2019	2020
Wirtschaftliche Aktivität									
<i>in Mrd EUR (gleitende Summen über 4 Quartale)</i>									
Bruttoinlandsprodukt, nominell	357,0	360,9	365,4	370,3	375,2	370,3	389,2	405,0	419,6
<i>Veränderung zur Vorperiode in % (real)</i>									
BIP ¹	0,9	0,8	0,9	0,9	0,8	3,1	3,1	2,1	1,7
Privater Konsum	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	1,5	1,5	1,4	1,3
Öffentlicher Konsum	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	1,2	1,9	1,4	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	1,5	1,2	1,0	0,9	4,9	3,5	2,3	2,0
Exporte insgesamt	2,1	1,5	1,1	1,6	0,9	5,6	4,9	4,2	3,9
Güterexporte	2,3	1,6	1,2	1,8	0,8	6,0	4,9	4,1	3,9
Importe insgesamt	1,6	1,3	0,6	1,1	0,6	4,8	3,8	3,6	3,6
Güterimporte	1,3	0,9	0,6	1,4	0,5	4,0	3,7	3,5	3,5
<i>in % des nominellen BIP</i>									
Leistungsbilanzsaldo	x	x	x	x	x	1,9	2,3	2,4	2,7
Preise									
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,2	2,2	2,2	2,4	2,0	2,2	2,2	2,0	1,9
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	1,7	1,5	1,7	1,8	1,9	1,7	2,7	2,4	2,2
Lohnstückkosten	0,9	0,4	-0,1	0,0	0,3	0,3	1,5	1,5	1,4
Produktivität	0,8	1,1	1,8	1,8	1,6	1,4	1,1	0,9	0,8
Einkommen und Sparen									
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-0,4	-0,4	0,4	0,6	0,5	-0,2	1,6	1,7	1,3
<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>									
Sparquote	x	x	x	x	x	6,4	6,1	6,6	6,6
Arbeitsmarkt									
<i>Veränderung zur Vorperiode in %</i>									
Unselbstständig Beschäftigte	0,4	0,6	0,5	0,7	0,7	1,9	2,2	1,4	1,1
<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>									
Arbeitslosenquote (Eurostat)	5,8	5,5	5,4	5,4	5,0	5,5	5,0	4,9	4,9
Öffentliche Finanzen									
<i>in % des nominellen BIP</i>									
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	-0,7	0,0	0,2	0,4
Schuldenstand	x	x	x	x	x	78,4	74,1	70,6	67,5

Quelle: OeNB, Eurostat, Statistik Austria; 2018 bis 2020: OeNB-Prognose vom Juni 2018.

Tabelle 2

Kennzahlen – Österreichisches Bankensystem¹

	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18	2014	2015	2016	2017
Österreichisches Bankensystem – konsolidiert									
Struktur	<i>in Mrd EUR</i>								
Bilanzsumme ¹	968,7	962,0	950,8	948,9	967,0	1.078,2	1.056,7	946,2	948,9
Auslandsforderungen CESEE ²	206,5	203,0	206,4	210,1	212,5	184,8	186,4	193,3	210,1
Anzahl der Kreditinstitute in Österreich	670	669	651	628	628	764	738	672	628
Einwohner pro Bankstelle in Österreich	2.268	2.302	2.321	2.330	2.354	2.008	2.107	2.226	2.330
Eigenmittelausstattung¹	<i>in Mrd EUR</i>								
Eigenmittel	80,1	82,3	82,2	83,2	84,2	87,6	87,8	80,0	83,2
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>								
Gesamtkapitalquote	18,2	18,6	18,4	18,4	18,5	15,6	16,3	18,3	18,4
Harte Kernkapitalquote (CET-1)	14,8	15,2	15,0	15,1	15,1	11,7	12,8	14,9	15,1
	<i>in % zu ausgewählten Bilanzpositionen</i>								
Leverage ³	7,5	7,8	7,9	7,5	7,5	6,1	6,3	7,6	7,5
Profitabilität¹	<i>in Mrd EUR</i>								
Periodenergebnis	1,5	3,4	5,1	6,6	1,7	0,7	5,2	5,0	6,6
	<i>in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ⁴	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,0	0,6	0,6	0,8
Aufwand-Ertrag-Relation	70,0	65,6	64,3	64,7	69,4	69,1	62,8	74,5	64,7
Kreditqualität^{1,5}	<i>in %</i>								
Wertberichtigungsquote	3,0	2,6	2,4	2,2	2,0	4,5	4,2	3,1	2,2
Notleidende Kredite-Quote (NPL-Quote)	4,9	4,1	3,7	3,4	3,2	7,0	6,6	4,9	3,4
Kreditentwicklung	<i>in %</i>								
Jahreskreditwachstum bei Nichtbanken in Österreich	1,3	1,8	2,2	3,0	4,0	0,7	1,1	1,6	3,0
Fremdwährungskreditanteil in Österreich	8,8	8,1	7,1	6,5	6,2	11,1	10,2	9,0	6,5

Österreichische Tochterbanken in CESEE¹

	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18	2014	2015	2016	2017
<i>in Mrd EUR</i>									
Periodenergebnis (aggregiert)	0,6	1,5	2,2	2,6	0,8	0,7	2,0	2,4	2,6
	<i>in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ⁴	1,3	1,6	1,5	1,3	1,5	0,2	0,7	1,3	1,3
Aufwand-Ertrag-Relation	57,3	53,0	52,4	53,3	57,1	52,7	51,1	52,7	53,3
Wertberichtigungsquote ⁵	5,7	4,1	3,7	3,3	3,3	7,3	7,0	6,1	3,3
Notleidende Kredite-Quote (NPL-Quote) ⁵	8,1	5,8	5,2	4,5	4,2	11,8	11,5	8,6	4,5
Fremdwährungskreditanteil	x	28,0	x	27,0	x	43,0	38,0	30,0	27,0
Kredit-Einlagen-Quote	79,2	80,3	80,5	79,1	79,6	96,6	88,4	80,2	79,1

Kennzahlen - Geldvermögen Haushalte und Unternehmen

	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18	2014	2015	2016	2017
<i>in Mrd EUR</i>									
Private Haushalte									
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	632,0	636,7	639,7	646,2	646,4	592,8	607,4	625,9	646,2
Verpflichtungen - Kredite (Stand; passiv)	180,8	181,8	183,3	184,5	184,2	170,0	175,7	180,8	184,5
davon Fremdwährungskredite	20,5	19,2	17,5	16,5	15,8	25,4	24,4	21,2	16,5
davon Wohnbaukredite in Fremdwährung	17,2	16,1	14,8	13,9	13,5	19,5	19,2	17,8	13,9
Unternehmen	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	512,6	511,4	515,7	525,9	532,1	460,4	467,6	502,0	525,9
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	750,8	755,4	765,8	783,9	792,3	696,6	703,5	737,0	783,9
davon Kredite und Wertpapiere	329,2	327,6	330,0	332,3	335,9	305,6	314,7	325,4	332,3
davon Anteilsrechte	348,8	354,7	362,4	378,0	381,5	326,2	325,0	341,0	378,0
	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen	81,3	82,6	84,3	86,1	87,5	76,6	79,9	79,8	86,1

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹ Eingeschränkte Datenvergleichbarkeit durch Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria im Jahr 2016.

² Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).

³ Definition gemäß Basel III.

⁴ Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen als Prozentsatz der durchschnittlichen Bilanzsumme.

⁵ Seit 2017Q2 sind die Daten auf FINREP-Basis (Gesamtforderungen).

Anmerkung: x=Daten nicht verfügbar.

Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum

- Österreichs Wirtschaft befindet sich aktuell in einer Hochkonjunktur: 2017 wuchs das BIP um 3,0%, gemäß aktueller Einschätzung der OeNB zeichnet sich für das Gesamtjahr 2018 ein zumindest gleich starkes Wirtschaftswachstum ab. Damit wächst die österreichische Wirtschaft in den beiden Jahren 2017/2018 stärker als Deutschland und der Euroraum. Der Konjunkturaufschwung ist breit aufgestellt; sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage tragen substantiell zum Wachstum bei. Dabei profitiert Österreichs Wirtschaft von einer breit diversifizierten und sektoral ausgewogenen Wirtschaftsstruktur.
- Der starke Aufschwung senkt die Arbeitslosigkeit in Österreich nachhaltig. Die Arbeitslosenquote nach EU-Definition ging von 6,2% im Sommer 2016 auf 5,2% im Februar 2018 zurück; gemäß aktuellen Prognosen wird sie weiter sinken. Aufgrund der hohen Beschäftigung, der im internationalen Vergleich niedrigen Arbeitslosigkeit und der geringen Streikhäufigkeit hat Österreich eine ausgezeichnete Position bei der sozialen Stabilität.
- Österreich gehört zu den Ländern, die das Preisstabilitätsziel des Euroraums („HVPI-Inflation mittelfristig nahe bei, aber unter 2%“) seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,8% erfüllt haben. Für das Gesamtjahr 2018 geht die OeNB in ihrer aktuellen Prognose von einer Inflation in der Höhe von 2,0% aus. Damit wird sich der Inflationsabstand gegenüber dem Euroraum leicht reduzieren.
- Der österreichische Immobilienmarkt hat sich seit Mitte der 2000er Jahre sehr dynamisch entwickelt. Im Zeitraum von 2008 bis 2017 sind die Preise für Wohnimmobilien, ausgehend von niedrigen Niveaus, um 62% gestiegen. Gemäß den Ergebnissen des OeNB-Fundamentalpreisindikators für Wohnimmobilien steht diese Entwicklung weitgehend im Einklang mit wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren.
- Die österreichische Sparquote ist nach der Wirtschaftskrise deutlich gesunken und betrug 2017 6,4%. Das Finanzvermögen des privaten Haushaltssektors beläuft sich auf 646,3 Mrd EUR bzw. 175% des BIP. Die Verschuldung der privaten Haushalte liegt bei knapp über 50% des BIP (Q3 17); die Unternehmensverschuldung liegt mit 389% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 90,5% des BIP (Q3 17) unter dem Euroraum-Durchschnitt.
- Angesichts einer – am real-effektiven Wechselkurs gemessenen – stabilen preislichen Wettbewerbsfähigkeit konnte die österreichische Exportwirtschaft von der aktuellen Belebung des Welthandels deutlich profitieren. Das starke Wachstum wichtiger Exportmärkte wie Deutschland und Zentral-, Ost- und Südosteuropa führte im Jahr 2017 zu einem Anstieg der nominellen Güterexporte Österreichs um 8,2% im Vergleich zum Vorjahr.
- Der österreichische Außenhandel mit Waren ist sowohl regional als auch nach Gütergruppen stark diversifiziert. Im Jahr 2017 wurden mehr als die Hälfte der Warenexporte mit Handelspartnern innerhalb des Euroraums abgewickelt, die somit keinem unmittelbaren Wechselkursrisiko ausgesetzt waren. Neben Deutschland mit einem Anteil von über 30% im Jahr 2017 ist die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa der wichtigste Absatzmarkt. Der Anteil der Güterexporte in diese Region stieg von 15% im Jahr 1996 auf 21% im Jahr 2017.
- Die seit dem Jahr 2002 jährlich erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse (2017: 1,9% des BIP) spiegeln Österreichs hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit wider. Die österreichische Volkswirtschaft wies im Jahr 2017 eine positive Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland von 22,3 Mrd EUR (6,0% des BIP) auf.
- Der gesamtstaatliche Budgetsaldo verbesserte sich im Jahr 2017 auf –0,7% des BIP, gegenüber –1,6% des BIP im Jahr 2016. Die Verbesserung ist die Folge des sehr guten konjunkturellen Umfeldes und der weiter sinkenden Zinsausgaben. Im Einklang mit dem Budgetsaldo verbesserte sich der gesamtstaatliche Schuldenstand von 83,6% des BIP im Jahr 2016 auf 78,6% des BIP im Jahr 2017. Die Verbesserung geht einerseits auf das stärkere BIP-Wachstum 2017 und andererseits auf die Verwertung der Assets der staatlichen Bad Banks zurück.
- Österreich hält weiterhin das Rating AAA bei DBRS sowie AA+ bei Standard & Poor's, Fitch und Moody's (Aa1). Das hohe Vertrauen internationaler Anleger in die österreichische Wirtschaft zeigt sich in der Tatsache, dass österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von bis zu vier Jahren eine negative Rendite aufweisen.

¹ Redaktionsschluss: 10. April 2018.

Österreichische Banken profitieren vom günstigen Umfeld und von Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle

- Die österreichischen Banken profitierten vom günstigen wirtschaftlichen Umfeld, das sich in historisch niedrigen Kreditrisikovorsorgen und einer höheren Profitabilität niederschlägt. Die Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle zeigen erste sichtbare Ergebnisse.
- Im Jahr 2017 lag das Periodenergebnis der österreichischen Banken in Höhe von 6,6 Mrd EUR um 1,6 Mrd EUR über dem Vorjahreswert. Trotz dieser äußerst günstigen Entwicklung sind weitere Maßnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz und zur Erhöhung der Risikotragfähigkeit notwendig.
- Die Kapitalausstattung der österreichischen Banken hat sich seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 deutlich verbessert. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass die konsolidierte CET1-Ratio der österreichischen Banken Ende 2017 dem EU-Durchschnitt entsprach.
- Das Kreditwachstum in Österreich hat im Jahr 2017 an Dynamik gewonnen. Gleichzeitig hat sich die Kreditqualität der österreichischen Banken sowohl im Inland als auch in CESEE weiter verbessert, wobei die Verbesserung bei den Tochterbanken in CESEE stärker ausfiel.
- 67% der konsolidierten Auslandsforderungen der in mehrheitlich österreichischem Besitz befindlichen Banken bestehen gegenüber CESEE. Die höchsten Exposure in der CESEE-Region betreffen Tschechien und die Slowakei.
- Das verbesserte wirtschaftliche Umfeld in CESEE wirkte sich positiv auf die österreichischen Tochterbanken aus. Das aggregierte Periodenergebnis stieg im Jahr 2017 im Jahresvergleich um 12% auf 2,6 Mrd EUR, wofür insbesondere eine Reduktion der Kreditrisikovorsorgen vor allem in Russland und Tschechien maßgeblich war. Die höchsten Gewinnbeiträge kamen ebenfalls aus diesen beiden Ländern.
- Die im Bereich der Fremdwährungskredite gesetzten Maßnahmen der österreichischen Aufsicht wirkten sich weiterhin positiv aus, wie das rückläufige ausstehende Fremdwährungskreditvolumen an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen seit 2008 verdeutlicht (–68% wechselkurbereinigt auf 19,8 Mrd EUR per Jänner 2018). Angesichts der bestehenden Risiken aus Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten empfiehlt die OeNB den Banken, gemeinsam mit Kreditnehmenden deren Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Schritte zur Eindämmung der Risiken zu setzen.
- Aufgrund veränderter rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen wurde das aufsichtliche Nachhaltigkeitspaket adaptiert. Die Kapitalisierung sowie die Sanierungs- und Abwicklungsplanung gelten im Sinne des Nachhaltigkeitspakets als abgeschlossen, wohingegen die Beobachtung der lokalen stabilen Refinanzierung ausländischer Tochterbanken auch in Zukunft zur Vermeidung eines exzessiven Kreditwachstums und zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität fortgeführt wird.
- Das neue Gesetz für makroprudenzielle Instrumente zur Begrenzung von systemischen Risiken aus der Immobilienfinanzierung erweitert den Handlungsspielraum der makroprudenziellen Aufsicht. Die OeNB sieht derzeit keinen Handlungsbedarf für den Einsatz dieser Instrumente, hält aber die Einhaltung nachhaltiger Kreditvergabestandards für notwendig.
- In der Bankenaufsicht trägt die nachhaltige Arbeit der vergangenen Jahre – auch in Zusammenarbeit mit dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) der EZB – weiter Früchte. Im Jahr 2017 konnte durch die Vollendung der Basel-III-Reformen zudem mehr Klarheit über das künftige Regelwerk geschaffen werden. Die Bankenlandschaft in Österreich ist sehr heterogen: Sie umfasst sowohl einige große als auch viele kleinere Institute. Vor diesem Hintergrund setzt sich die OeNB für mehr Proportionalität in der Regulierung von Banken je nach Größe und Risikogehalt ihres Geschäftsmodells ein.
- Die externe Einschätzung des österreichischen Bankensektors hat sich verbessert und spiegelt die Anstrengungen der österreichischen Banken, ihr Geschäftsmodell zu adaptieren, die Stärkung ihrer Risikotragfähigkeit sowie die gesetzten aufsichtlichen Maßnahmen in Österreich wider. Moody's hob im August 2017 den Ausblick für die österreichischen Banken von „stabil“ auf „positiv“ an, Standard and Poor's (S&P) tat dies im Oktober 2017. Gründe für die verbesserte Einschätzung waren die Verringerung des CESEE-Exposures, die Reduktion des noch ausstehenden Fremdwährungskreditvolumens in Österreich und CESEE, die verbesserte Kapitalisierung, die hohen Risikovorsorgen für notleidende Kredite sowie die prudenziellen Kreditvergabestandards. Positiv hervorgehoben wurden auch die in Österreich gestarteten makroprudenziellen Initiativen.

1 Österreichs Wirtschaft unter den besten im Euroraum

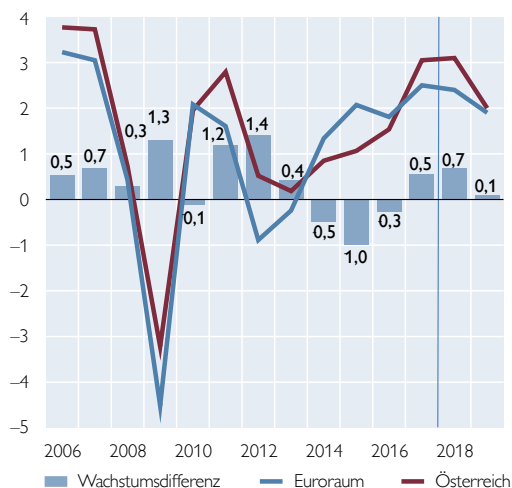
1.1 Österreich zählt weltweit zu den leistungstärksten Industrienationen Wirtschaftswachstum in Österreich 2017 und 2018 bei rund 3 %

Mit Beginn des Jahres 2016 setzte in Österreich eine schrittweise konjunkturelle Erholung ein. Die Inlandsnachfrage – getrieben von einer lebhaften Investitionstätigkeit und einem starken Wachstum der privaten Konsumausgaben – war zunächst die wichtigste Konjunkturstütze. Ab dem zweiten Halbjahr 2016 war im Zuge der Erholung des Welthandels auch eine deutliche Belebung der Exportaktivität zu verzeichnen. Das Zusammentreffen von einer starken Inlands- und Auslandsnachfrage ergab die stärkste konjunkturelle Dynamik seit der Hochkonjunktur vor Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. 2017 betrug das Wirtschaftswachstum Österreichs 3,0% und lag somit erstmals seit 2013 wieder deutlich über jenem im Euroraum. Es übertraf ebenso jenes von Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Österreichs. Der Ausblick für das erste Halbjahr 2018 bleibt vielversprechend. Viele Konjunkturindikatoren liegen zu Jahresbeginn nahe ihrer historischen Höchststände und signalisieren damit eine Fortsetzung des starken Wirtschaftswachstums. Auf Basis der letzten Entwicklungen und der aktuellen Daten zeichnet sich für das Gesamtjahr 2018 ein zumindest gleich starkes Wirtschaftswachstum wie im vorangegangenen Jahr ab – somit ergibt sich vermutlich eine Aufwärtsrevision gegenüber der OeNB-Dezemberprognose.¹ Österreich wird damit auch 2018 ein stärkeres Wachstum als der Euroraum und Deutschland ausweisen.

Grafik 1

Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %; Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten

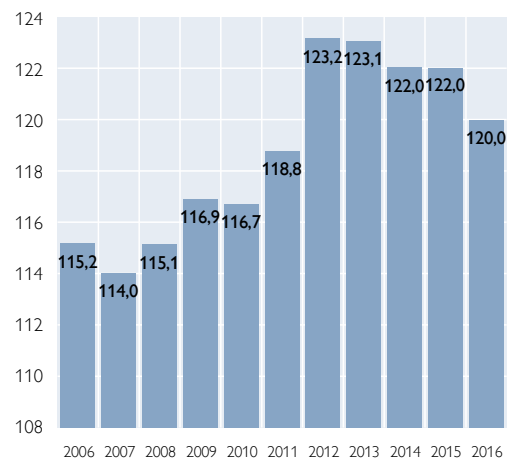


Quelle: Eurostat, WIFO, EZB, OeNB.

Anmerkung: Euroraum 2018 und 2019: EZB-Prognose vom März 2018. Österreich: Upgedatete OeNB-Prognose vom Dezember 2017.

BIP pro Kopf in Österreich im Vergleich zum Euroraum

BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten; Euroraum = 100



¹ In der IWF-Frühjahrsprognose vom April 2018 wird für Österreich ein BIP-Wachstum von 2,6% im Jahr 2018 und von 1,9% im Jahr 2019 prognostiziert. Aus Sicht der OeNB unterschätzt der IWF das tatsächliche Wachstum im Jahr 2018 um rund ½ Prozentpunkt. Dies deckt sich auch mit der aktuellen Einschätzung der österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute (WIFO und IHS), die für 2018 ebenso ein Wachstum von 3,0% erwarten.

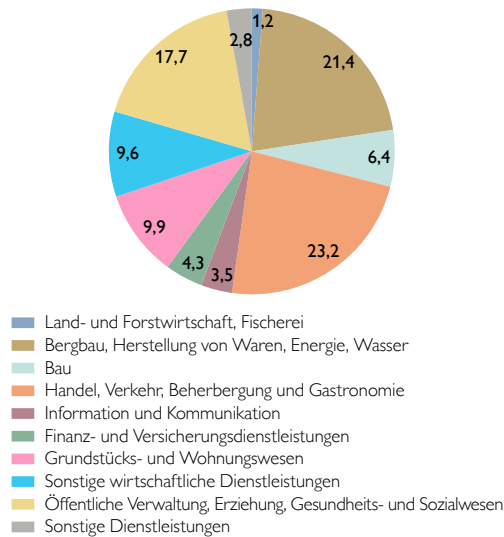
Wirtschaftsstruktur in Österreich sektoral ausgewogen

Die österreichische Volkswirtschaft ist hoch entwickelt. Dementsprechend spielt der tertiäre Sektor eine große Rolle. Die privaten Dienstleistungen (Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen und sonstige Dienstleistungen) tragen mit einem Anteil von knapp unter 30% am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei. Mit jeweils knapp über 20% folgen die Bereiche „Bergbau, Herstellung von Waren, Energie und Wasser“ sowie „Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie“. Österreich weist zudem eine große Branchenvielfalt innerhalb der Sachgütererzeugung auf. Der Bausektor hat einen im europäischen Vergleich hohen Wertschöpfungsbeitrag von 6½%.

Grafik 2

Bruttowertschöpfung in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung



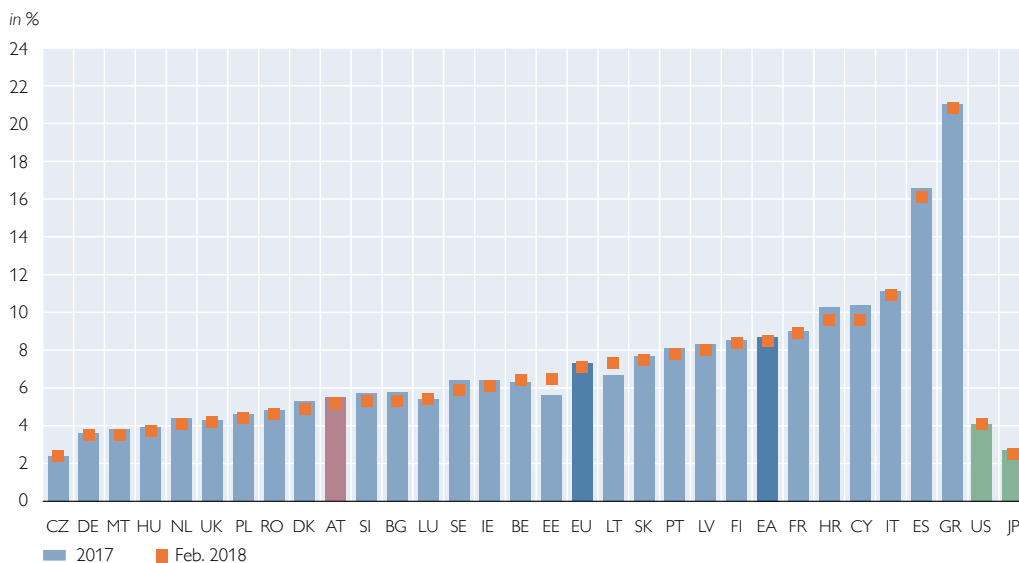
Quelle: Statistik Austria.

Aufschwung senkt die Arbeitslosigkeit in Österreich nachhaltig

Mit der im Jahr 2016 einsetzenden konjunkturellen Erholung hat sich das Beschäftigungswachstum deutlich beschleunigt und erreichte im Jahr 2017 mit 1,9% den

Grafik 3

Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: GR, UK: Dez. 2017; DK, EE, HU: Jän. 2018; EA=Euroraum.

höchsten Wert seit dem Jahr 2011. Seit Mitte 2016 ist der Konjunkturaufschwung stark genug, um die Arbeitslosigkeit trotz des weiterhin kräftig steigenden Arbeitskräfteangebots nachhaltig zu senken. Die Arbeitslosenquote ging von 6,2% im Sommer 2016 auf 5,2% im Februar 2018 zurück. Im EU-Vergleich zählt Österreich im Jahr 2017 zu den EU-Ländern mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten. Der österreichische Arbeitsmarkt ist von einer im europäischen Vergleich hohen Flexibilität und dem sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich gekennzeichnet. Auch bei der sozialen Stabilität (z. B. Streikhäufigkeit) liegt Österreich weltweit im Spitzenfeld.

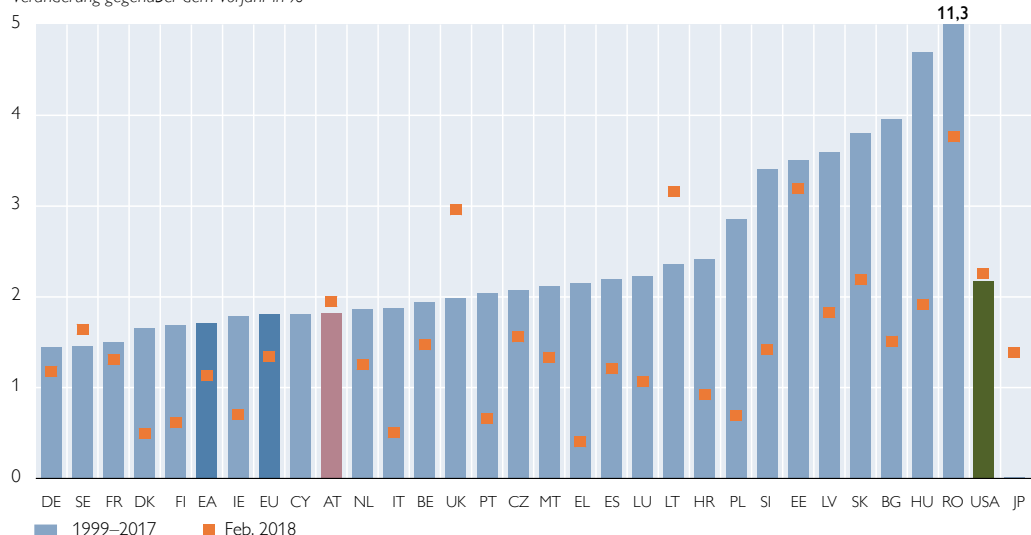
Inflationsabstand zum Euroraum bildet sich 2018 schrittweise zurück

Österreich gehört zu den Ländern, die das Preisstabilitätsziel des Euroraums („HVPI-Inflation mittelfristig nahe bei, aber unter 2%“) seit der Euroeinführung im Jahr 1999 mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,8% erfüllen.

Grafik 4

HVPI-Inflationsrate im internationalen Vergleich

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Statistics Bureau of Japan, U.S. Bureau of Labor Statistics.

Anmerkung: UK und JP: Jän 2018; EA=Euroraum.

Seit dem Jahr 2011 liegt die Inflationsrate in Österreich jedoch kontinuierlich über jener des Euroraums (um 0,7 Prozentpunkte) und auch über jener Deutschlands (um 0,6 Prozentpunkte). Die Hauptursache liegt im Dienstleistungsbereich. Innerhalb des Dienstleistungssektors geht etwa die Hälfte des Inflationsabstands zu Deutschland allein auf Bewirtungsdienstleistungen zurück. Der Unterschied in den Teuerungsraten ist zwar gering, allerdings ist das Gewicht von Bewirtungsdienstleistungen im österreichischen HVPI-Warenkorb deutlich höher. Dies ist Ausdruck unterschiedlicher Konsummuster. Darüber hinaus zeichnet auch die unterschiedliche Entwicklung der öffentlich administrierten Preise (und der indirekten Steuern) für einen Teil (0,2 Prozentpunkte) des Inflationsunterschieds zu Deutschland verantwortlich. Im Jahr 2017 lag die HVPI-Inflation in Österreich mit 2,2% um 0,7 Prozentpunkte über jener des Euroraums und um 0,5 Prozentpunkten über jener

Deutschlands. Für das Jahr 2018 erwartet die OeNB einen leichten Rückgang der HVPI-Inflation auf 2,0%, das Eurosystem erwartet für die Euroraum-Inflation einen leichten Rückgang auf 1,4% (Stand jeweils März 2018). Damit reduziert sich der Inflationsabstand zum Euroraum geringfügig.

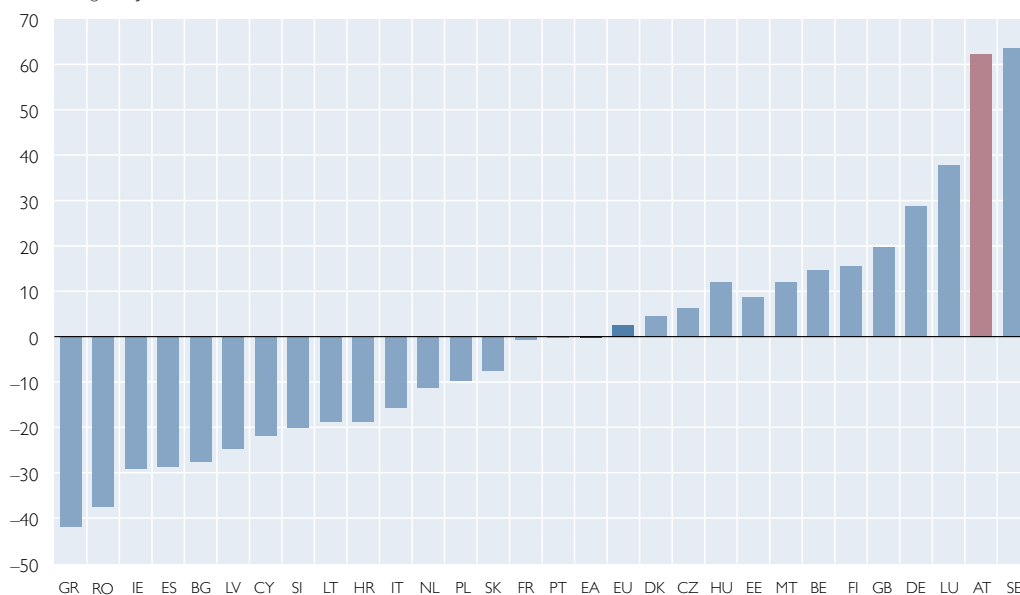
Dynamische Entwicklung des österreichischen Immobilienmarktes ohne Überhitzungstendenzen

Der österreichische Immobilienmarkt entwickelt sich seit Mitte der 2000er Jahre sehr dynamisch. Im Zeitraum von 2008 bis 2017 sind die Preise für Wohnimmobilien, ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Niveau, um 62% gestiegen. Der aktuelle Preisauftrieb in Österreich unterscheidet sich jedoch deutlich von der krisenhaften Entwicklung in einigen anderen Ländern des Euroraums, wo die Preisanstiege in den vergangenen Jahren von einem starken Anstieg der Hypothekarkreditvergabe begleitet waren und das Platzen der Immobilienpreisblasen zu Verwerfungen im Finanzsektor führte.

Grafik 5

Veränderung der Immobilienpreise in den EU-Mitgliedstaaten zwischen 2008 und 2016

Veränderung zum Jahr 2008 in %



Quelle: EZB.

Anmerkung: Griechenland und Österreich: 2017; Preise von neuen und gebrauchten Wohnimmobilien (nominal); EA=Euroraum.

Die Wohnimmobilienpreissteigerungen beliefen sich im Jahr 2017 auf 3,8%. Damit war eine deutliche Beruhigung des Preisauftriebs gegenüber dem Jahr 2016 (+7,3%) zu verzeichnen. Die Preisanstiege in Österreich sind – wie der OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien zeigt – größtenteils durch fundamentale Faktoren erklärbar. Die demografische Entwicklung der letzten Jahre führte zu einem Anstieg der Nachfrage nach Wohnraum. Das Niedrigzinsumfeld erhöht dessen Attraktivität als Anlageform. Das Wachstum der Kreditvergabe ist in Österreich moderat. Im Jahr 2017 stieg das Volumen der Wohnbaukredite an private Haushalte nominell um 4,7%. Die Verschuldung der österreichischen

Haushalte ist im internationalen Vergleich niedrig und stabil. Im letzten Jahrzehnt war ein großer Anteil der Wohnbaukredite in Fremdwährungen (in erster Linie Schweizer Franken) aufgenommen worden. Das damit verbundene Währungsrisiko ist jedoch rückläufig, da der Anteil von Fremdwährungskrediten an den gesamten Wohnbaukrediten inzwischen stark rückläufig ist. Gleichzeitig reduziert sich derzeit das Zinsänderungsrisiko der neu aufgenommenen Wohnbaukredite. Der Anteil variabel verzinsster Kredite (Zinsbindungsfrist bis 1 Jahr) am Neukreditgeschäft sank von 84% im Jahr 2014 auf 53% im ersten Halbjahr 2017. Daten aus dem Household Finance and Consumption Survey zeigen zudem eine im internationalen Vergleich hohe Schulden tragfähigkeit der österreichischen Haushalte. Bedingt durch den vergleichsweise großen Anteil von Mietwohnungen sind die Haushalte in Österreich von Immobilienpreisentwicklungen schwächer betroffen als in den meisten EU-Ländern.

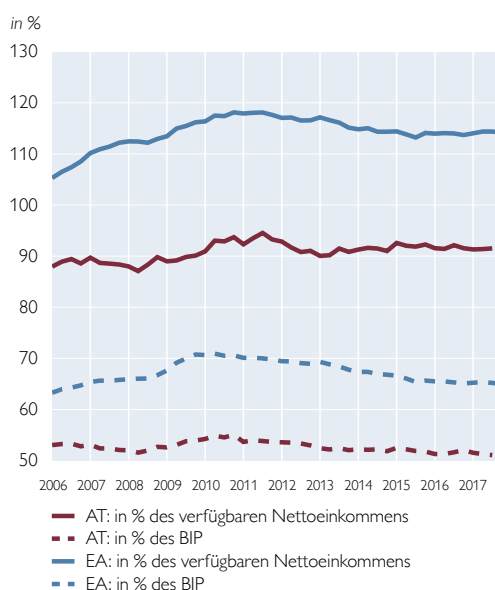
Private Haushalte und Unternehmen verfügen über ein hohes Finanzvermögen bei gleichzeitig niedriger Verschuldung

Im Jahr 2017 flossen 6,4% des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in die Ersparnisbildung. Ende des Jahres 2017 hatten die privaten Haushalte Geldvermögen im Ausmaß von rund 646,3 Mrd EUR (174,6% des BIP) aufgebaut. Die privaten Haushalte sind somit wichtige Kapitalgeber für die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren.

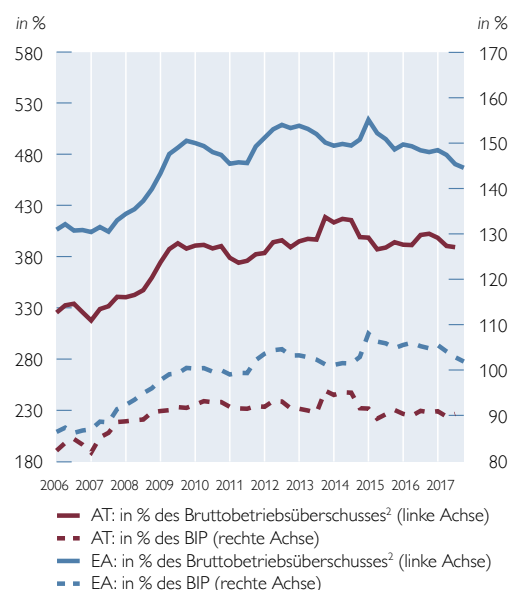
Gemessen am BIP war der österreichische Haushaltssektor im dritten Quartal 2017 im Ausmaß von knapp über 50% verschuldet. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 65,3%. Die Unternehmensverschuldung lag in Österreich im dritten Quartal 2017 bei 389,2% des Bruttobetriebsüberschusses

Grafik 6

Verschuldung der privaten Haushalte



Verschuldung der Unternehmen¹



Quelle: EZB

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Anmerkung: EA=Euroraum.

bzw. 90,5 % des BIP und damit ebenfalls unter dem Euroraum-Durchschnitt von 466,8 % bzw. 102,1 %.

1.2 Anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse spiegeln hohe Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft wider

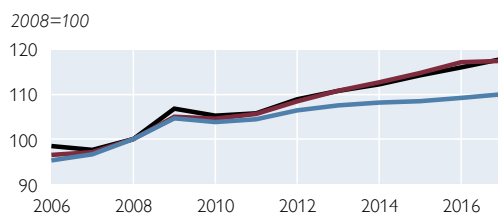
Stabile Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gemessen am real-effektiven Wechselkurs (deflationiert mit den Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft) hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Seit 2006 hat der real-effektive Wechselkurs um lediglich 4% aufgewertet. Hintergrund ist ein im Vergleich zu unseren Handelspartnern im Euroraum geringfügig stärkerer Anstieg der Lohnstückkosten, die sich vergleichbar zu Deutschland entwickelt haben. Während sich die Stundenproduktivität in Österreich, Deutschland und im Euroraum sehr ähnlich entwickelte, blieb das Wachstum der Stundenlöhne im Euroraum hinter jenem in Österreich und Deutschland zurück. Angesichts dieser stabilen preislichen Wettbewerbsfähigkeit konnte die österreichische Exportwirtschaft von der aktuellen Belebung des Welthandels deutlich profitieren. Das starke Wachstum wichtiger Exportmärkte, wie Deutschlands und der Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa, führte im Jahr 2017 zu einem Anstieg der nominellen Güterexporte Österreichs um 8,2% im Vergleich zum Vorjahr.

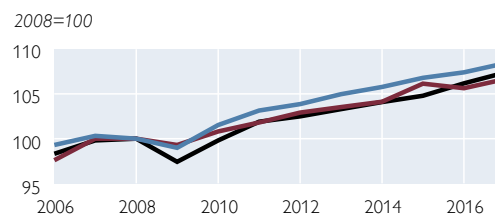
Grafik 7

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

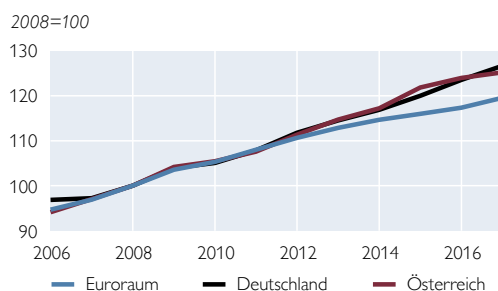
Lohnstückkosten



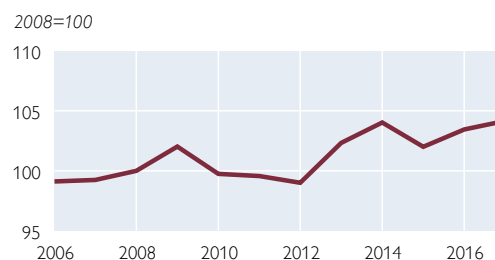
Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde



Stundenlohn



Real-effektiver Wechselkurs¹



Quelle: Eurostat.

¹ Deflationiert mit Lohnstückkosten.

Regional ausgewogene Exportstruktur und geringes Wechselkursrisiko

Im Jahr 2017 ging mehr als die Hälfte der österreichischen Güterexporte in den Euroraum und war daher keinem unmittelbaren Wechselkursrisiko ausgesetzt. Im Euroraum ist Deutschland mit einem Anteil von 30% an den gesamten Güterexporten

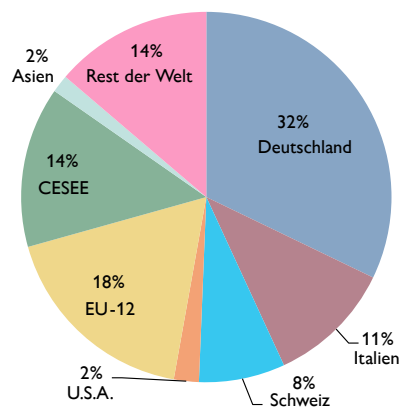
nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination für Österreich, gefolgt von Italien mit 6,4%. Darüber hinaus ist Zentral-, Ost- und Südosteuropa ein sehr wichtiger Absatzmarkt, der sich über die letzten Jahre für Österreich auch sehr dynamisch entwickelt hat. Während der Anteil der Güterexporte in den Euroraum seit 1996 zurückging, wuchs der Anteil nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa stetig (1996: 15%; 2017: 21%). Angesichts des gegenüber dem Euroraum aktuell wieder auf 1½ Prozentpunkte gestiegenen Wachstumsvorsprungs wird diese Region auch in naher Zukunft ein zentraler Wachstumsmarkt für die österreichische Exportwirtschaft bleiben. Neben Zentral-, Ost- und Südosteuropa sind die USA, die Schweiz und Asien die wichtigsten Absatzmärkte außerhalb des Euroraums.

Die sektorale Struktur des österreichischen Außenhandels entspricht dem typischen Muster einer hochentwickelten Industrienation. Mit einem Anteil von 40% an den gesamten Güterexporten liegt der Schwerpunkt auf Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen. Weitere Stützen stellen die Bereiche bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren dar, die gemeinsam rund 47% der Güterexporte ausmachen.

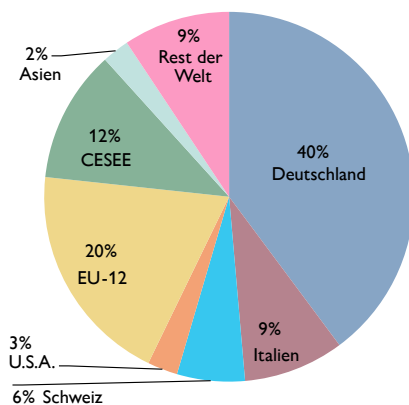
Grafik 8

Österreichische Güterexporte nach Regionen 1980–2017

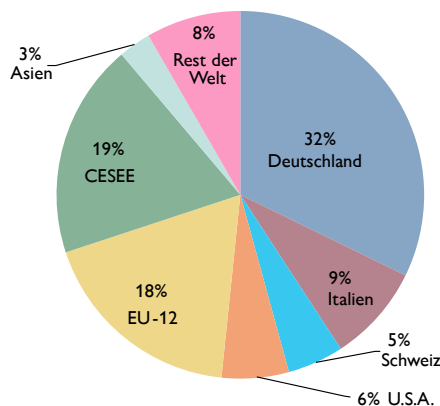
1980



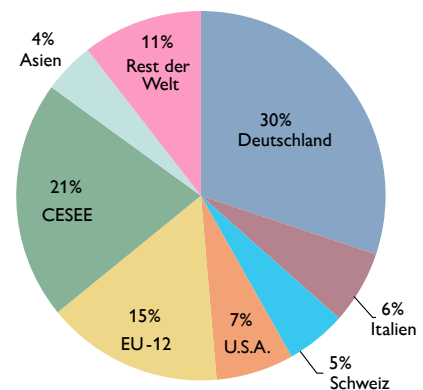
1992



2004



2017



Quelle: Statistik Austria

Anmerkung: Asien: CN, JP, KR; EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK; CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL, BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

US-Präsident Trump unterzeichnete am 8. März 2018 zwei Proklamationen zur Einführung von Zöllen für Stahl und Aluminium in der Höhe von 25 % auf die Einfuhr von Stahl und 10 % auf die Einfuhr von Aluminium. Die EU-Länder werden jedoch vorläufig davon ausgenommen sein. Von den gesamten Güterexporten Österreichs in die USA entfielen 3,2 % (0,3 Mrd EUR) auf Stahlprodukte und 1,6 % (0,15 Mrd EUR) auf Aluminium. An den gesamten österreichischen Güterexporten ergibt sich ein Anteil von 0,2 % (Eisen und Stahl) sowie 0,1 % (Aluminium). Aufgrund dieser vergleichsweise niedrigen Anteile am gesamten Güterhandel sind die unmittelbaren makroökonomischen Effekte der US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte auf die österreichische Wirtschaft als gering einzuschätzen.

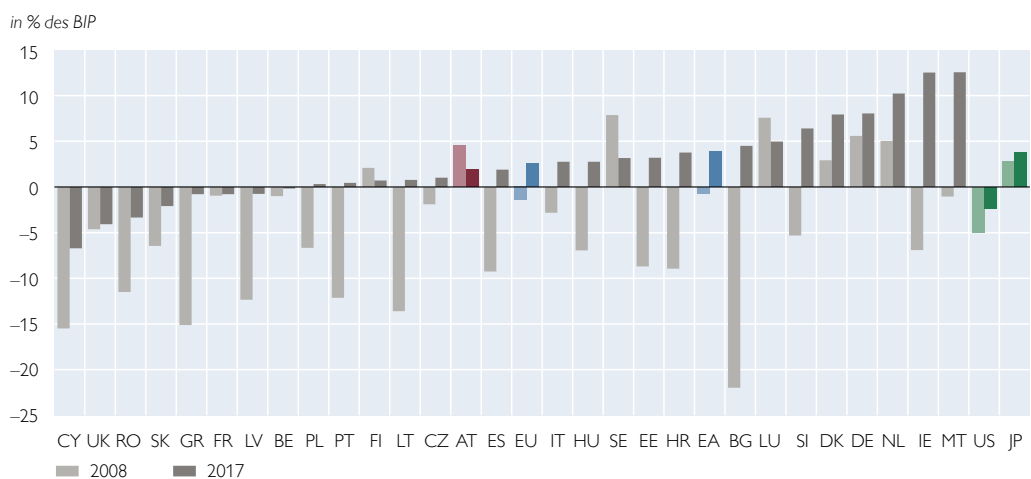
Neben den Güterexporten mit einem Anteil von 70 % an den gesamten Exporten spielen die Dienstleistungsexporte (30 %) ebenfalls eine bedeutende Rolle für die österreichische Wirtschaft. In den letzten Jahren erzielten die Dienstleistungsexporte höhere Wachstumsraten als die Güterexporte. Diese Entwicklung wurde wesentlich vom Reiseverkehr getragen; neue Nüchtingsrekorde konnten verzeichnet werden. Andere Dienstleistungsexporte wie beispielsweise die unternehmensnahen Dienstleistungen entwickelten sich ebenso dynamisch: Laut Technologiezahlungsbilanz ist Österreich 2017 zu einem Nettoexporteur von Technologie- und Know-how-Transfers im Ausmaß von rund 3,6 Mrd EUR oder 1 % des BIP geworden.

Leistungsbilanzüberschüsse als Ausdruck internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Österreich erwirtschaftet seit 2002 jährliche Leistungsbilanzüberschüsse. Im Jahr 2017 betrug der Überschuss 6,9 Mrd EUR oder 1,9 % des BIP. Dieses positive Ergebnis wurde wesentlich von einem Plus in der Dienstleistungsbilanz bestimmt und einer Verbesserung der Primär- und Sekundäreinkommen, die für den Rückgang in der Güterbilanz kompensierten. Angesichts der hohen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und der zuletzt deutlich stärkeren Dynamik des Welthandels gehen alle aktuellen Prognosen davon aus, dass Österreich auch in den kommenden Jahren Leistungsbilanzüberschüsse erzielen wird.

Grafik 9

Leistungsbilanzsalden der EU-Mitgliedstaaten, USA und Japan

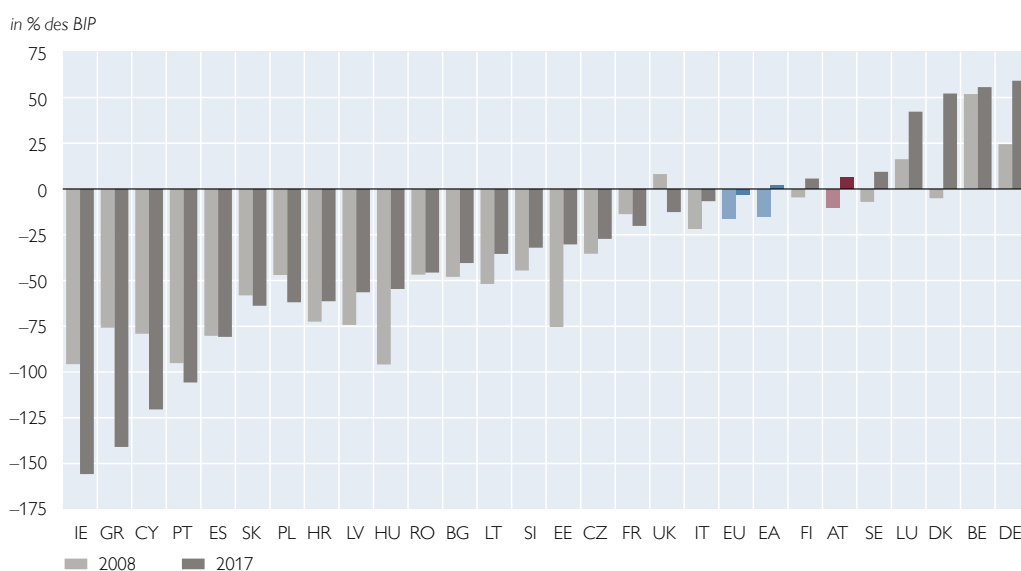


Österreichs internationale Nettovermögensposition seit 2013 im Plus

Aufgrund der anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse – seit 2002 belaufen sich die Überschüsse kumuliert auf mehr als 110 Mrd EUR – verbesserte Österreich seine internationale Nettovermögensposition in den letzten Jahren sukzessive. Im Jahr 2013 war die internationale Nettovermögensposition erstmals positiv. Im Jahr 2017 betrug das Nettovermögen Österreichs gegenüber dem Ausland 22,3 Mrd EUR (6,0% des BIP). Der Nettoüberschuss des Euroraums lag im Jahr 2017 bei 1,7% des BIP, die EU verzeichnete ein Defizit von 3%.

Grafik 10

Nettovermögensposition



Quelle: Eurostat, EZB (SDW).

Anmerkung: DK und HR: NVP-Wert mit Stand Q3 17. EU 2017: ebenso mit vorläufigen Werten für DK und HR berechnet; EA = Euroraum.

1.3 Dank guter Konjunktur deutlicher Rückgang von Österreichs Budgetdefizit und Schuldenstand

Der gesamtstaatliche Budgetsaldo verbesserte sich im Jahr 2017 – nach einer vorübergehenden Verschlechterung auf $-1,6\%$ des BIP im Jahr zuvor – auf $-0,7\%$ des BIP. Seit 1980 war der Budgetsaldo durchwegs schlechter gewesen als 2017; nur im Jahr 2001 hatte der Budgetsaldo ebenfalls $-0,7\%$ des BIP betragen. Die deutliche Verbesserung 2017 ist im Wesentlichen auf das sehr gute konjunkturelle Umfeld und die weiter sinkenden Zinsausgaben zurückzuführen. Wie in der Budgetrede des Bundesministers für Finanzen im März 2018 angekündigt, ist eine weitere Verbesserung des gesamtstaatlichen nominellen Budgetsaldos erklärtes Ziel der Regierung: Für 2019 ist ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Budgetsaldo geplant. Das erwartete gute konjunkturelle Umfeld begünstigt die Zielerreichung trotz einiger expansiver Maßnahmen (z. B. Familienbonus).

Seit dem Jahr 2016 entwickelt sich die Schuldenquote wieder rückläufig. Der deutliche Rückgang im Jahr 2017 um knapp 5 Prozentpunkte auf 78,6 Prozent des BIP ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen begünstigen das hohe BIP-Wachstum und die niedrigen Zinsen den Rückgang. Zum anderen konnte aufgrund

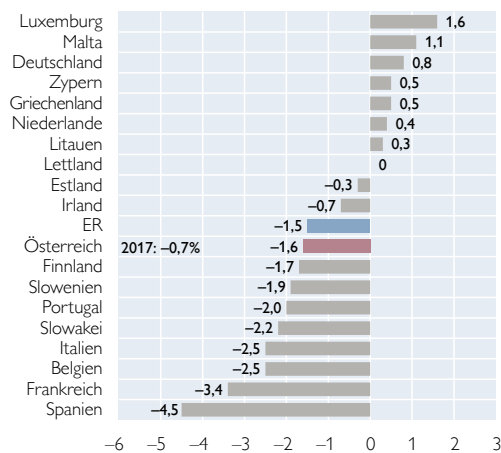
der Verwertung von Assets der staatlichen Bad Banks die Schuldenquote reduziert werden. Der Schuldenrückgang soll gemäß der Budgetrede weiter forciert werden und die Schuldenquote bis 2022 in Richtung 60% des BIP sinken; bereits 2019 soll sie nur mehr knapp über 70% des BIP liegen.

Grafik 11

Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2016

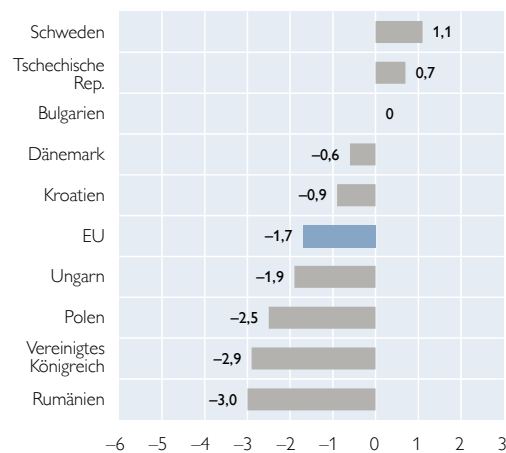
Euroraum

in % des BIP



Nicht-Euroraum

in % des BIP



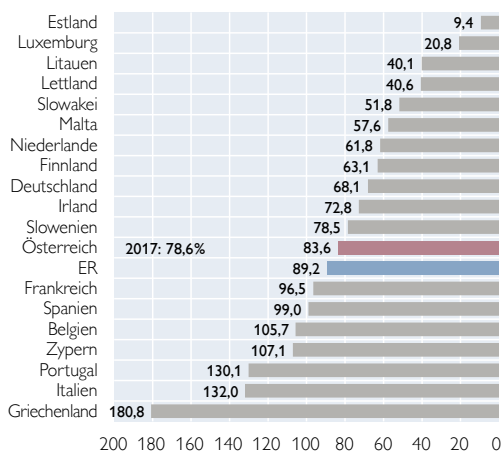
Quelle: Eurostat.

Grafik 12

Öffentliche Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2016

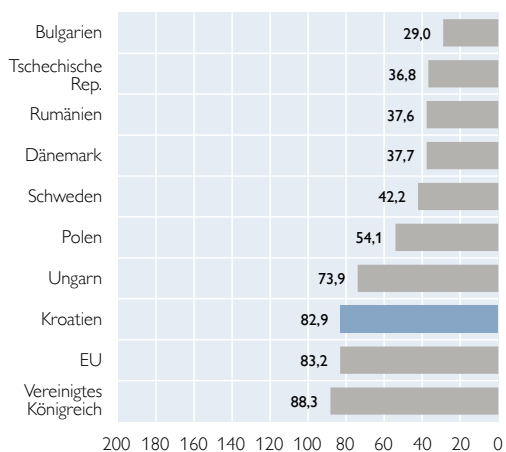
Euroraum

in % des BIP



Nicht-Euroraum

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

Österreich erzielte 2017 einen strukturellen Budgetsaldo von –0,5 % des BIP

Im Rahmen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts des europäischen Fiskalrahmenwerks gilt für Österreich ein Zielwert für den strukturellen Budgetsaldo von –0,5 % des BIP. Nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen im österreichischen Stabilitätsprogramm (Fortschreibung für die Jahre 2017 bis 2022) hat Österreich dieses Ziel 2017 genau erreicht. Allerdings wird mit einer Verschlechterung dieses Werts im Jahre 2018 gerechnet.² Dies ist auf Steuer-senkungen der aktuellen Regierung (Senkung Mehrwertsteuer auf Übernachtungen, Reduktion Arbeitslosenversicherungsbeiträge für geringe Einkommen) sowie Nachwirkungen der expansiven Maßnahmen der vorangegangenen Regierung zurückzuführen.

Aufgrund der Beendigung eines Teils der von der vorangegangenen Regierung eingeführten expansiven Maßnahmen und der rückläufigen Zinsausgaben wird das mittelfristige Haushaltsziel ab 2019 ohne zusätzliche Einsparungen – trotz der Einführung des Familienbonus – wieder erreicht werden können.

Tabelle 3

Anforderungen im Rahmen der europäischen Fiskalregeln

	Stand	2013	2014	2015	2016	2017	Quelle	Anforderung
		<i>in % des BIP</i>						
Budgetsaldo	März 2018	–2,0	–2,7	–1,0	–1,6	–0,7	Statistik Austria	>= –3 % des BIP
Schuldenstand	März 2018	81,0	83,8	84,3	83,6	78,6	Statistik Austria	ab 2017: Reduktion der Differenz zu 60% durchschnittlich um 1/20 pro Jahr
Struktureller Saldo	März 2018	–1,7	–0,8	–0,3	–1,0	–0,5	EK, Statistik Austria	ab 2017: MTO (Zielwert) beträgt –0,5% des BIP

Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission (EK), Bundesministerium für Finanzen.

Hervorragende externe Einschätzung der österreichischen Wirtschaft

Aufgrund schwieriger (zumeist externer) wirtschaftlicher Bedingungen haben die meisten europäischen Länder das international bestmögliche Rating AAA verloren. Österreich hält weiterhin das Rating AAA bei DBRS sowie AA+ bei Standard & Poor's, Fitch und Moody's (Aa1). Das hohe Vertrauen internationaler Anleger in die österreichische Wirtschaft zeigt sich in der negativen Rendite der österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von bis zu vier Jahren .

² Das europäische Fiskalrahmenwerk erlaubt einen Abzug der Zusatzausgaben für Flüchtlinge und Terrorismusbekämpfung. Dieser niedrigere Wert des strukturellen Budgetsaldos wurde in der Budgetrede verwendet.

2 Österreichische Banken profitieren vom günstigen Umfeld und von Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle

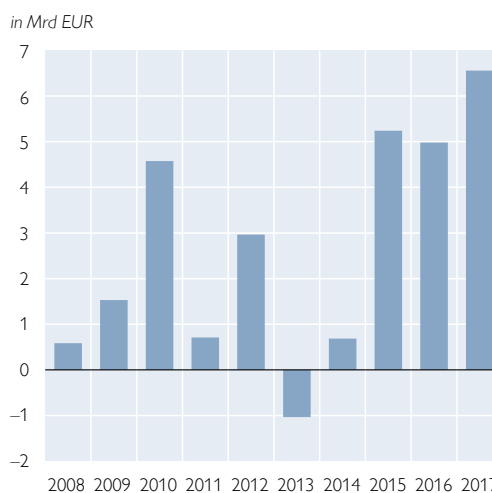
2.1 Profitabilität und Eigenmittelausstattung sollen weiter gestärkt werden

Günstiges wirtschaftliches Umfeld wirkt positiv auf die Profitabilität, Reformen sollten dennoch vorangetrieben werden

Durch Restrukturierungen der Banken und Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle sowie durch aufsichtliche Maßnahmen wurde die Finanzmarktstabilität in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt. Dennoch steht der Bankensektor weiterhin vor großen Herausforderungen, wie etwa dem Niedrigzinsumfeld. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich 2017 verbessert, was sich in historisch niedrigen Kreditrisikovor-sorgen und der höheren Profitabilität widerspiegelt. Ende 2017 lag das Periodenergebnis der österreichischen Banken in Höhe von 6,6 Mrd EUR um 1,6 Mrd EUR über dem Vorjahreswert. Während das Kreditwachstum im Jahr 2017 an Dynamik gewonnen hat, stagnierte das Zinsergebnis aufgrund des Niedrigzinsniveaus auf Vorjahresniveau. Das Nettozinsergebnis ist aber auch weiterhin die wichtigste Ertragskomponente. Das vorherrschende niedrige Zinsniveau erhöht zwar die Schuldentragfähigkeit, insbesondere bei variabel verzinsten Krediten, birgt allerdings auch Risiken für die Kreditqualität im Falle eines Zinsanstiegs. Ein weiterer Risikofaktor für die Profitabilität wäre eine schwächer als prognostizierte konjunkturelle Entwicklung. Die Nachhaltigkeit des aktuellen Kreditrisikoniveaus muss sich erst erweisen.

Grafik 13

Konsolidiertes Periodenergebnis der österreichischen Banken



Quelle: OeNB.

Tabelle 4

Gewinn- und Verlustrechnung österreichischer Banken, konsolidiert

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
in Mrd EUR								
Nettozinserträge	20,4	20,4	19,3	18,6	19,3	18,3	14,6	14,5
Einkünfte aus Gebühren und Provisionen	7,7	7,6	7,3	7,6	7,7	7,7	6,6	6,9
Handelsergebnis	1,0	0,8	1,1	0,7	0,4	-0,0	0,1	0,1
Betriebsergebnis	13,5	10,4	12,1	8,0	8,8	10,5	5,7	8,1
Periodenergebnis nach Steuern	4,6	0,7	3,0	-1,0	0,7	5,2	5,0	6,6

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Aufgrund der Umstrukturierungen bei der UniCredit Bank Austria in 2016 sind einzelne Aufwands- und Ertragspositionen ab 2016 nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen (operativen) Profitabilität sind allerdings weitere Maßnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz und damit zur Erhöhung der Risikotragfähigkeit notwendig. Das derzeit positive makroökonomische Umfeld erzeugt Rückenwind. Vor diesem Hintergrund sollten die Anpassungen der Geschäftsmodelle forciert und nicht aufgeschoben werden. Das sind wichtige Schritte hin zu einem effizienten und widerstandsfähigen Bankensektor, der für eine stabile und moderne Versorgung mit Krediten und Finanzdienstleistungen steht.

Kreditqualität hat sich weiter verbessert

Die Kreditqualität der österreichischen Banken hat sich im Jahr 2017 angesichts des günstigeren wirtschaftlichen Umfelds weiter verbessert. Sowohl die konsolidierte NPL-Quote wie auch die NPL-Quote für das Österreichgeschäft gingen weiter zurück und erreichten ein Niveau von 3,8% bzw. 2,8%. Die deutlichsten Rückgänge sind weiterhin bei den österreichischen Tochterbanken in CESEE zu verzeichnen, deren NPL-Quote sich im Jahr 2017 deutlich auf 4,8% verbessert hat.

Box 1

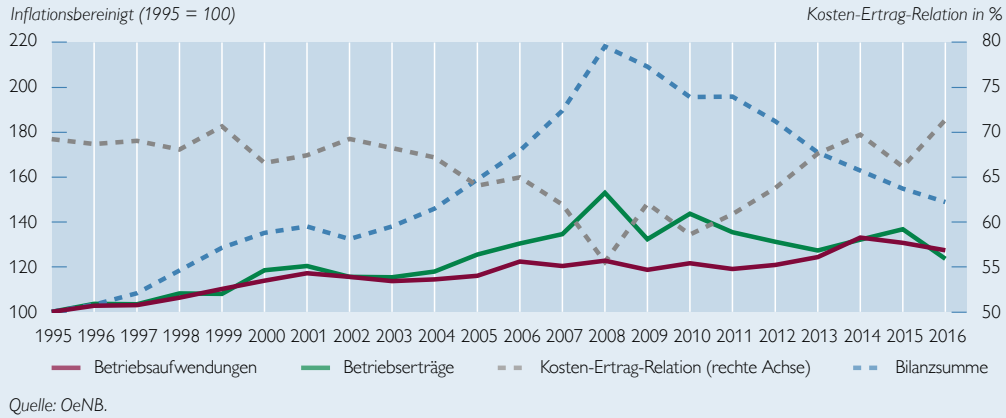
OeNB-Studie: Langfristige Entwicklung der Profitabilität der Banken in Österreich¹

Eine Studie im Financial Stability Report 34 der OeNB zur Entwicklung der unkonsolidierten Profitabilität des österreichischen Bankensektors im Zeitraum von 1995 bis 2016 zeigt, dass die österreichischen Banken bei der Steigerung der Erträge und bei der (relativen) Reduktion der Betriebsaufwendungen weiter gefordert sind. Das starke Ertragswachstum vor der Krise 2008/09 erfolgte auf Kosten sinkender Zinsmargen und spiegelte sich auch in einer vergrößerten Bilanz wider. Der Druck auf die Zinsmargen war bei den kleineren und stärker am Inlandsmarkt orientierten Banken besonders hoch. Seit 2009 konnte allerdings eine leichte Erholung bei den Zinsmargen beobachtet werden. Das Provisionsergebnis, neben dem Zinsergebnis die zweite bedeutende Säule der Betriebserträge der Banken, verhielt sich stark zyklisch und war auch eindeutig vom Geschäftsmodell der jeweiligen Bank abhängig. Im Zahlungsverkehr konnten die meisten Banken – über den gesamten Analysezeitraum betrachtet – höhere Provisionsergebnisse erwirtschaften. Während die Betriebsaufwendungen stetig (meist inflationsgetrieben) anstiegen, war ein rezenter Rückgang des Personalaufwands zu beobachten. Der Personalaufwand ist für etwa die Hälfte und der Sachaufwand für rund ein Drittel der Betriebsaufwendungen verantwortlich.

Die Kosten-Ertrag-Relation lag 2016 mit etwa 70% auf dem Niveau von 1995 (Beginn des Beobachtungszeitraums der Studie). Sie reflektiert insbesondere die Entwicklung der Erträge (und somit der Bilanzsumme) und zeigt, dass die von den Banken unternommenen Anpassungen bei ihren Geschäftsmodellen bisher noch nicht ihre Wirkung entfalten konnten. Bei den kleineren, inlandsorientierten Banken kann eine überdurchschnittlich hohe Kosten-Ertrag-Relation festgestellt werden, wenngleich Bemühungen zur Effizienzsteigerung (u. a. sektorale Zusammenschlüsse) erkennbar sind. Die Gesamtkapitalrentabilität des Bankensektors erreichte zuletzt wieder Vorkrisenniveau, was aber primär auf die historisch niedrigen Kreditwertberichtigungen zurückzuführen ist.

¹ OeNB: Financial Stability Report 34. Profitability of Austrian banks' domestic business from 1995 to 2016: driving forces, current challenges and future opportunities: https://www.oenb.at/dam/jcr:f587bd7c-13bf-4cc0-8097-b38bf4184e4a/fsr_34_screen_Profitability_of_Austrian_banks_domestic_business.pdf

Geschäfts- und Effizienzentwicklung der österreichischen Banken im langfristigen Vergleich

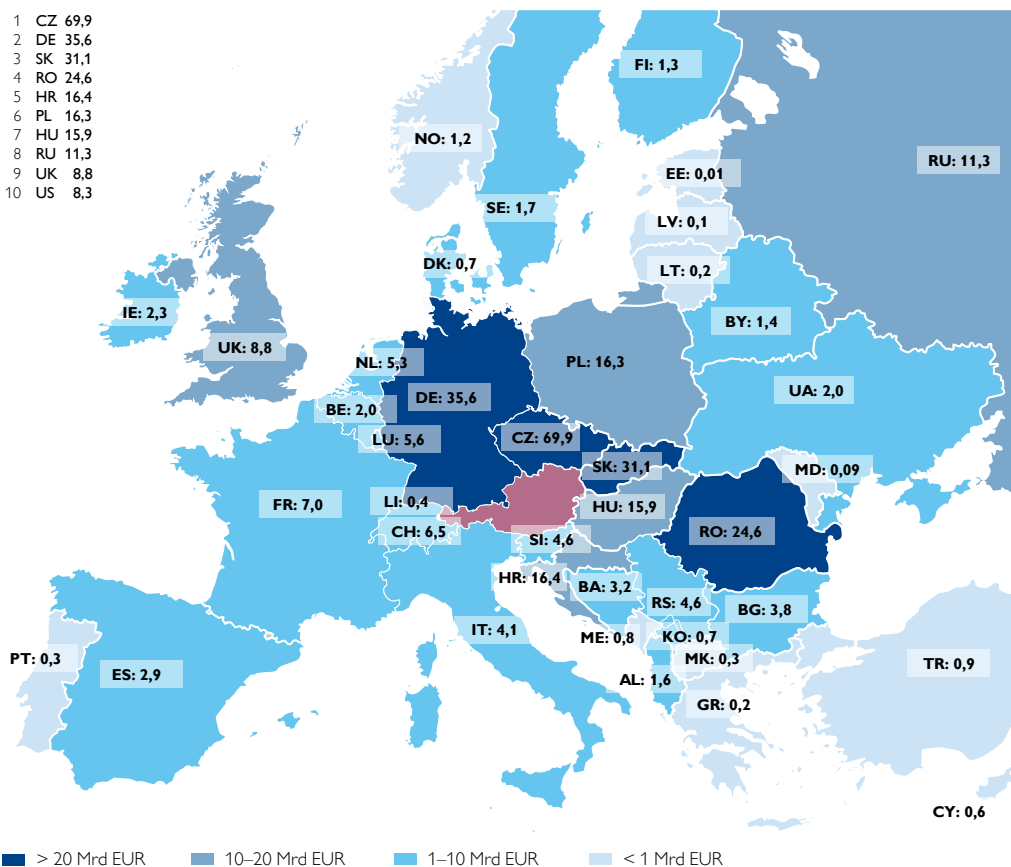


Grafik 14

Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken¹

in Mrd EUR

- 1 CZ 69,9
- 2 DE 35,6
- 3 SK 31,1
- 4 RO 24,6
- 5 HR 16,4
- 6 PL 16,3
- 7 HU 15,9
- 8 RU 11,3
- 9 UK 8,8
- 10 US 8,3



Quelle: OeNB, Q4 2017 (vorläufige Zahlen).

¹ In mehrheitlich inländischem Besitz befindliche Banken.

Kapitalisierung entspricht Niveau des europäischen Durchschnitts

Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass die konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Ratio) der österreichischen Banken Ende 2017 mit 15,1 % dem EU-Durchschnitt (September 2017: 15,0 %) entspricht. Angesichts des spezifischen Risikoprofils österreichischer Banken ist allerdings weiterhin Augenmerk auf die Stärkung ihrer Risikotragfähigkeit zu legen.

Tabelle 5

Konsolidierte Kapitalquoten des österreichischen Bankensektors

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in % der risikogewichteten Aktiva							
Gesamtkapitalquote	13,2	13,6	14,2	15,4	15,6	16,3	18,3	18,4
Kernkapitalquote (Tier 1)	10,0	10,3	11,0	11,9	11,8	12,9	15,0	15,4
Harte Kernkapitalquote (CET1) ¹	9,4	9,8	10,7	11,6	11,7	12,8	14,9	15,1

Quelle: OeNB.

¹ Basel III-Definition ab 2014.

Kasten 2

Anpassungsprozess beim Geschäftsmodell zeigt sichtbare Ergebnisse, dennoch sollten Reformen vorangetrieben werden

Vergleichsweise schwaches Wachstum, komplexe und kostenintensive Strukturen, das Niedrigzinsumfeld, die niedrigen Zinsmargen sowie die Herausforderungen durch die Digitalisierung erhöhten den Druck auf die österreichischen Banken, Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle vorzunehmen. Restrukturierungen u. a. bei UniCredit Bank Austria AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG/Raiffeisen Bank International sowie im Bereich der Volksbanken veränderten die Größe, die Geschäftsausrichtung und das Risikoprofil des österreichischen Bankensektors, was sich positiv auf die Finanzmarktstabilität auswirkt.

So ging z. B. die Bilanzsumme seit dem Höchststand (Mitte 2010) im Jahr 2017 um 16% zurück, die Auslandsforderungen um 26% (seit Q3 08), die Anzahl der Banken seit 2007 um mehr als ein Viertel auf 628 (per Dezember 2017) und die Zweigstellen (Filialen) (seit 2007) um 14% auf 3.768. Mit dem Rückgang der Zweigstellen ging auch eine Veränderung der Bankstellendichte um 20% von 1.933 im Jahr 2007 auf 2.328 Einwohner pro Bankstelle im Jahr 2017 einher. Die Anzahl der Beschäftigten im Bankensektor ist in den vergangenen zehn Jahren um nahezu 6% gesunken. Trotzdem haben die österreichischen Banken im internationalen Vergleich Aufholbedarf. Darüber hinaus haben die Banken ihre Kapitalisierung deutlich gestärkt und somit ihre Risikotragfähigkeit erhöht. Während dieses Anpassungsprozesses blieb eine stabile Kreditversorgung der Realwirtschaft gewährleistet. Im Zuge der Umstrukturierungen bei den österreichischen Banken kam es auch zu Veränderungen in Bezug auf deren CESEE-Exponierung: die Bedeutung der Aktivitäten in Ländern wie Tschechien und der Slowakei hat aus Sicht der österreichischen Banken zugenommen, wohingegen jene der wirtschaftlich volatileren Länder wie Russland und Ukraine abgenommen hat.

2.2 Auslandsgeschäft der österreichischen Banken weiterhin mit CESEE-Fokus

Die konsolidierten Auslandsforderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken³ lagen Ende 2017 bei 316 Mrd EUR (siehe Grafik 14). Rund 67% davon entfielen auf Länder in CESEE. Die österreichischen Banken hatten per September 2017 (letztverfügbare Daten) einen Anteil von ca. 22% aller Forderungen der EU-15-Länder gegenüber dieser Region (siehe Grafik 15).

Verbesserung der Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE von vergleichsweise geringen Risikovorsorgen gestützt

Im vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Umfeld belief sich das aggregierte Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE im Jahr 2017 auf 2,6 Mrd EUR (siehe Grafik 16), was einem Anstieg um 12% im Jahresvergleich entspricht. Die starke Reduktion der Wertberichtigungen – vor allem in Russland und Tschechien – war dafür maßgeblich. Aus diesen beiden Ländern kamen auch die höchsten Gewinnbeiträge im Jahr 2017. Die höchsten Gewinnzuwächse wurden in Russland und Ungarn erzielt. Ein vergleichsweise hohes Kreditwachstum verzeichneten die österreichischen Tochterbanken in Tschechien und der Slowakei.

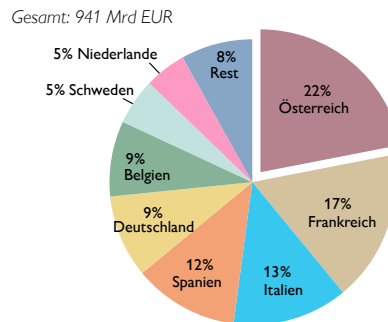
2.3 Makroprudenzielle Maßnahmen entfalten weiterhin ihre Wirkung Fremdwährungskredite nach wie vor stark rückläufig

In Österreich wurden bereits frühzeitig makroprudenzielle Maßnahmen gesetzt: So gibt es seit 2003 Mindeststandards der Finanzmarktaufsicht (FMA) für die Neuvergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten, welche Anfang 2017 überarbeitet wurden. In den seit 1. Juni 2017 geltenden neuen FMA-Mindeststandards wurden die Informationspflichten der Banken gegenüber den Kreditnehmenden wesentlich erweitert, Vorgaben zur Verbesserung der Markttransparenz eingeführt

³ Konsolidierte Auslandsforderungen (unmittelbare Gegenpartei) auf Basis der Definition der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Daten auf vorläufiger Basis.

Grafik 15

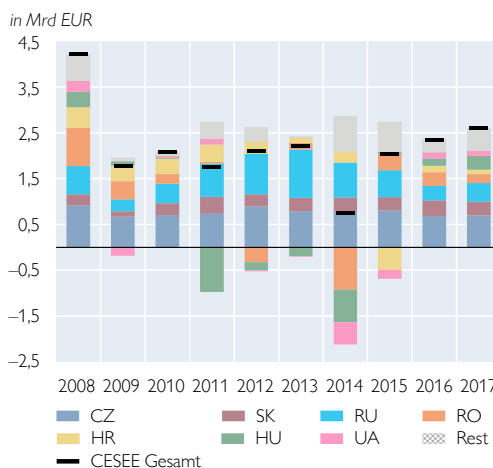
Engagement der Banken aus den EU-15-Ländern in CESEE (Q3 2017)



Quelle: BIZ.
Banken in mehrheitlich inländischem Besitz.

Grafik 16

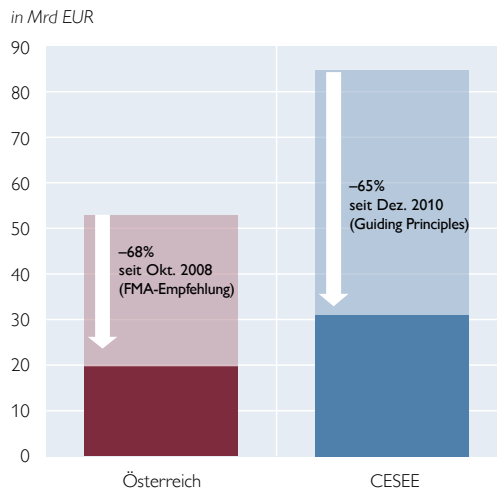
Periodenergebnisse österreichischer Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB.
Ab 2016 sind die Tochterbanken der UniCredit Bank Austria nicht mehr inkludiert.

Grafik 17

Fremdwährungskredite österreichischer Banken in Österreich und CESEE¹



Quelle: OeNB.

¹ Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen.

Anmerkung: Prozentwerte beziehen sich auf währungsbereinigte Veränderungen des Fremdwährungskreditvolumens in Österreich im Zeitraum von Oktober 2008 (FMA-Empfehlung) bis Jänner 2018, in CESEE von Dezember 2010 (Guiding Principles) bis Dezember 2017.

und ein eigenes Kapitel zu den von Banken zu treffenden Risikovorsorgen aufgenommen.⁴

Seit der Empfehlung der FMA vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in der jeweiligen Fremdwährung zu vergeben, hat sich das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen wechsellkursbereinigt um 68 % auf 19,8 Mrd EUR (Jänner 2018) reduziert. Dennoch bleiben die Risiken für die betroffenen Haushalte aus Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten weiterhin hoch. Rund drei Viertel aller Fremdwährungskredite an private Haushalte sind endfällig und an einen Tilgungsträger geknüpft. Eine im Frühjahr 2017 von der OeNB in Kooperation mit der FMA durchgeführte Umfrage über Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite ergab, dass die Deckungslücke⁵ per Ende 2016 rund 32 % des ausstehenden Volumens der

Tilgungsträgerkredite betrug. Um die Entwicklung der Fremdwährungskredite und speziell jener in Verbindung mit Tilgungsträgern laufend zu beobachten, wird die Umfrage im Frühjahr 2018 wiederholt. Angesichts der bestehenden Risiken empfiehlt die OeNB den Banken, gemeinsam mit den Kreditnehmenden ihre Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Schritte zur Eindämmung der Risiken zu setzen.

In der CESEE-Region ist das von den österreichischen Tochterbanken vergebene Fremdwährungskreditvolumen ebenfalls weiter rückläufig. Zwischen Ende 2010 und Dezember 2017 fiel das Fremdwährungskreditvolumen wechsellkursbereinigt um 65 % auf 31 Mrd EUR. Somit wirkten sich die gesetzten aufsichtlichen Maßnahmen (Guiding Principles vom Dezember 2010) positiv auf diese Entwicklung aus. Die Umstrukturierungen bei der UniCredit Bank Austria AG hatten ebenfalls einen Einfluss auf den Rückgang.

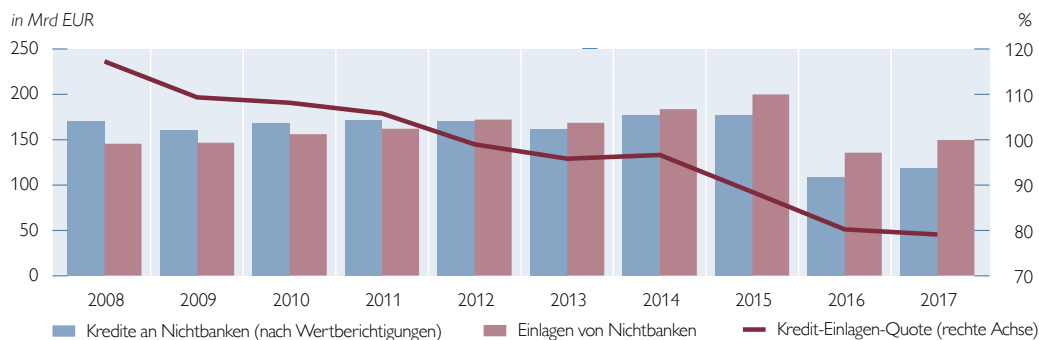
Adaptiertes Nachhaltigkeitspaket wird im Sinne der Finanzmarktstabilität fortgeführt

Die im Jahr 2012 von FMA und OeNB veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken wurde 2017 einer Überprüfung unterzogen. Das ursprüngliche

⁴ Die Erstfassung der FMA-Mindeststandards wurde bereits im Oktober 2003 veröffentlicht. In 2010 und 2013 folgten Ergänzungen bzw. Erweiterungen. Die seit 1. Juni 2017 geltenden FMA-Mindeststandards sind unter folgendem Link abrufbar: <https://www.fma.gv.at/download.php?d=2853>.

⁵ Unter Deckungslücke wird die Differenz zwischen dem ausstehenden Kreditbetrag in Euro und dem prognostizierten Wert des Tilgungsträgers am Laufzeitende verstanden.

Grafik 18

Kredit- und Einlagenentwicklung der österreichischen Tochterbanken in CESEE

Nachhaltigkeitspaket zielte darauf ab, die stabile lokale Refinanzierungsbasis von Tochterbanken im Ausland zu stärken, die Kapitalisierung der umfassten Mutterbanken bzw. Bankengruppen zu erhöhen und die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen frühzeitig zu gewährleisten.

Diese Ziele wurden erreicht. Das Nachhaltigkeitspaket hat erfolgreich die österreichische Finanzmarktstabilität gestärkt, ohne die Kreditvergabe der Tochterbanken zu schwächen. Angesichts veränderter rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen – u. a. Bankenunion, Abwicklungsregime, makroprudenzielle Kapitalpuffer – gelten die Kapitalisierung sowie die Sanierungs- und Abwicklungsplanung als abgeschlossen im Sinne des Nachhaltigkeitspakets, wohingegen die Beobachtung der lokalen stabilen Refinanzierung ausländischer Tochterbanken auch in Zukunft zur Vermeidung eines exzessiven Kreditwachstums und zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität fortgeführt wird. Die laufende Analyse bestätigt die ausgewogenere Refinanzierung der österreichischen Tochterbanken in CESEE, deren Kredit-Einlagen-Quote Ende 2017 bei 79% lag (Ende 2011: 106%).

Systemrisikopuffer stärkt die Finanzmarktstabilität

Seit 1. Jänner 2016 ist der von der OeNB vorgeschlagene und vom Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) empfohlene Systemrisikopuffer⁶ auf konsolidierter Ebene für nunmehr elf Banken in Kraft⁷. Der Systemrisikopuffer wurde erstmalig im Jahr 2017 evaluiert. Es zeigte sich, dass die Banken Kapital aufbauten, ohne dass es zu Einschränkungen der Kreditvergabe in Österreich und in den Kernmärkten in CESEE kam. Bei der Kapitalisierung, der Größe des Sektors, dem Auslandsengagement und der Eigentümer- und Gruppenstruktur konnten aus Systemrisikoperspektive Verbesserungen festgestellt werden. Bei der strukturell schwachen Profitabilität konnten die Banken allerdings noch keine nennenswerten Fortschritte erzielen. Trotz dieser Verbesserungen blieben die Grundaussagen der Analyse, die zur Aktivierung des Puffers geführt haben, unverändert.

⁶ Der Systemrisikopuffer soll langfristige, nichtzyklische systemische Risiken mindern. Die Aktivierung des Systemrisikopuffers wurde vom FMSG im Juni und September 2015 empfohlen. Im Endausbau soll er ab 1. Jänner 2019 bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva betragen.

⁷ <https://fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/2015/empfehlung-4.html>

Da sich diese Systemrisiken sowohl auf konsolidierter als auch auf unkonsolidierter Ebene manifestieren und die Kapitalallokation insbesondere innerhalb einer grenzüberschreitenden Bankengruppe in einer Krise nicht flexibel ist, empfahl das FMSG im September 2017, den Systemrisikopuffer sieben Instituten auch auf unkonsolidierter Ebene vorzuschreiben⁸. Darüber hinaus wurde empfohlen, den Systemrisikopuffer auf zwei weitere Institute auf konsolidierter Ebene anzuwenden. Die Gesamtevaluierung des Systemrisikopuffers wird bis zum Ende des ersten Halbjahres 2018 abgeschlossen sein.

Die OeNB evaluiert jährlich die Bedeutung einzelner Banken für das Finanzsystem in Österreich, bei denen eine Fehlfunktion oder das Scheitern zu systemischen Risiken führt. Die OeNB hat dem FMSG empfohlen, dass sowohl die Höhe des O-SII-Puffers (Other Systemically Important Institutions-Puffer, Andere Systemrelevante Institute-Puffer)⁹ als auch die erfassten Banken unverändert bleiben. Die Empfehlung zum O-SII-Puffer hat derzeit keine Auswirkungen auf die aufsichtlichen Kapitalanforderungen der betroffenen Banken, da der jeweils höher festgesetzte der beiden Puffer (Systemrisiko- oder O-SII-Puffer) zur Anwendung kommt.

Auf Basis regelmäßiger OeNB-Analysen im Jahr 2017 empfahl das FMSG der FMA den antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva beizubehalten, da kein exzessives Kreditwachstum festgestellt wurde. Dieser Puffer soll Risiken aus dem Kreditzyklus (insb. übermäßiges Kreditwachstum) entgegenwirken.

Gesetzesbeschluss zu makroprudenziellen Instrumenten in der Immobilienfinanzierung erhöht die Handlungsfähigkeit der Aufsicht

Der Nationalrat beschloss am 29. Juni 2017, die von OeNB und FMSG sowie internationalen Institutionen (wie IWF, EZB und Europäischer Ausschuss für Systemrisiken) geforderte Rechtsgrundlage für makroprudenzielle Instrumente zur Begrenzung von systemischen Risiken aus der Immobilienfinanzierung. Die Instrumente¹⁰ ermöglichen die Festschreibung von Mindestanforderungen an Kreditvergabestandards, unter anderem in Bezug auf die Beleihungsquote, Schuldendienstquote, Schuldenquote oder die Kreditlaufzeiten. Die FMA kann diese Instrumente frühestens ab 1. Juli 2018 aktivieren. Die Instrumente können einzeln oder in Kombination auf das Neugeschäft angewandt und weitere Einschränkungs- und Differenzierungsmöglichkeiten (sachlicher und örtlicher Geltungsbereich, Ausnahmekontingente, Geringfügigkeitsgrenzen) vorgesehen werden. Der Gesetzgeber folgt damit einem entsprechenden Hinweis, den das FMSG – auf Initiative der OeNB – im Juni 2016 an den Bundesminister für Finanzen gerichtet hat. Die OeNB unterstützte das Bundesministerium für Finanzen bei der Ausgestaltung dieses Gesetzes, um zu einem zügigen Gesetzesbeschluss beizutragen. Das umfassende Instrumentenset ermöglicht einen präventiven Einsatz maßgeschneiderter Maßnahmen nach der Art und Höhe des Systemrisikos. Damit soll gewährleistet werden, dass sich die Qualität des Kreditbestands längerfristig nicht durch schwächere Kreditvergabestandards verschlechtert.

⁸ <https://fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/2017/empfehlung-4-17.html>

⁹ Der O-SII-Puffer erfasst die Banken, deren Fehlfunktion oder Scheitern das Risiko einer Störung im Finanzsystem mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen im Finanzsystem und in der Realwirtschaft nach sich ziehen kann (§ 23c BWG in Verbindung mit § 2 Abs. 41 BWG).

¹⁰ Diese Instrumente sind in § 22b BWG verankert.

Derzeit sieht die OeNB keinen unmittelbaren Handlungsbedarf für den Einsatz makroprudenzieller Instrumente zur Minderung von Systemrisiken in Zusammenhang mit der Wohnimmobilienfinanzierung. Im Interesse der langfristigen Stabilität hält die OeNB jedoch unverändert die Einhaltung nachhaltiger Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung für notwendig, um den Aufbau systemischer Risiken zu vermeiden. Die OeNB wird die Nachhaltigkeit der Kreditvergabestandards weiterhin genau beobachten und gegebenenfalls dem FMSG empfehlen, seine diesbezügliche Kommunikation vom September 2016¹¹ näher zu spezifizieren bzw. Maßnahmen zu setzen.

2.4 Verbesserte externe Wahrnehmung des österreichischen Bankensektors

Die Anstrengungen der österreichischen Banken ihr Geschäftsmodell zu adaptieren, die Stärkung ihrer Risikotragfähigkeit sowie die gesetzten aufsichtlichen Maßnahmen in Österreich spiegeln sich in einer verbesserten externen Einschätzung des österreichischen Bankensektors wider. So hob im August 2017 die Ratingagentur Moody's und im Oktober 2017 Standard and Poor's (S&P) den Ausblick für die österreichischen Banken von „stabil“ auf „positiv“ an. Fitch bestätigte das Sovereign Rating mit „stabilem Ausblick“ im Jänner 2018. Gründe für die verbesserte Einschätzung waren die Verringerung des CESEE-Exposures, die Reduktion des noch ausstehenden Fremdwährungskreditvolumens in Österreich und CESEE, die verbesserte Kapitalisierung, die hohen Risikovorsorgen für notleidende Kredite sowie die prudenziellen Kreditvergabestandards. Die österreichischen Banken haben außerdem ihr Exposure gegenüber risikoreicheren Ländern wie Russland und der Ukraine verringert – dafür verantwortlich war auch die Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria AG. Außerdem werden die in Österreich gesetzten makroprudenziellen Initiativen (wie u. a. Setzung eines Systemrisikopuffers, Gesetz für makroprudenzielle Instrumente für Immobilienfinanzierung sowie Initiation nachhaltiger Kreditvergabestandards) positiv hervorgehoben.

2.5 Österreichische Großbanken im einheitlichen Aufsichtsmechanismus

Aufgabenteilung im dezentralen Aufsichtssystem hat sich bewährt

Die EZB ist seit 4. November 2014 unter intensiver Mitwirkung der nationalen Aufsichtsbehörden (Österreich: FMA, OeNB) für die einheitliche Beaufsichtigung der Banken im Rahmen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM)¹² verantwortlich. Auf die derzeit 118 im SSM als bedeutend eingestufte Kreditinstitutsgruppen¹³ entfallen rund 85 % der Gesamtaktiva des

¹¹ Im September 2016 wies das FMSG auf die Notwendigkeit der Beachtung nachhaltiger Kreditvergabestandards in der Immobilienfinanzierung (insb. konservative Beleihungsquoten; Verschuldungsniveaus, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kreditnehmer auch unter Stressszenarien gewährleisten) hin.

¹² SSM Supervisory Manual: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/ecb/pub/pdf/ssm.supervisorymanual201803.en.pdf?91cb2141b6f2a20a37f402a291a043ad>, March 2018 (derzeit nur in englischer Sprache verfügbar). EZB Leitfaden zur Bankenaufsicht: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/ecb/pub/pdf/ssmguidebankingsupervision201411.de.pdf>, November 2014.

¹³ Die aktuelle Liste der SI findet sich auf der Website der EZB: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/banking/list/who/html/index.en.html> (Stand 1. Jänner 2018).

Euroraums. Darunter befinden sich derzeit sechs Bankengruppen¹⁴ aus Österreich, diese umfassen knapp 55 % der konsolidierten heimischen Bankaktiva.

Die Expertise und Erfahrung der OeNB wird aktiv in die laufenden SSM-Arbeiten eingebracht. So kommen beispielweise in verschiedenen Bereichen von der OeNB konzipierte Analysemethoden und -instrumente (z. B. Instrumente zur Auswertung von Sanierungsplänen, Beurteilung der internen Kapital- und Liquiditätsadäquanz, Zinsrisiko-Proxies) zur Anwendung. Die OeNB arbeitet auch bei grenzüberschreitenden Vor-Ort-Prüfungen von ausländischen Bankengruppen mit.¹⁵

Zufriedenstellende Entwicklung bei Kapitalausstattung

Die österreichischen Großbanken im SSM konnten in den vergangenen Jahren ihre Kapitalausstattung deutlich verbessern. Seit 2014 hat sich die harte Kernkapitalquote (CET1 fully loaded) nach Berücksichtigung aller Übergangsbestimmungen von 10 % auf 13 % (September 2017) erhöht. Im Vergleich zu ihren europäischen Mitbewerbern hat sich im selben Zeitraum der SSM-Schnitt von 11 % auf 13,9 % erhöht. Bei der Verschuldungsquote (Leverage Ratio, nicht risikogewichtete Kapitalratio) liegen die österreichischen Institute im SSM mit 6,5 % deutlich über dem SSM-Schnitt (5,2 %).¹⁶

Abbau von notleidenden Krediten¹⁷ im europäischen Bankensystem

Die hohen Bestände an notleidenden Krediten (non-performing loans, NPLs) zählen nach wie vor zu den zentralen Herausforderungen der Bankenaufsicht in Europa. In der EU-28 gelten derzeit Kredite in Höhe von rund EUR 910 Mrd (4,4 % NPL-Quote) als notleidend, wobei die Unterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten zum Teil stark divergieren (siehe Grafik 19). Am stärksten betroffen sind Griechenland (46,7 %), Zypern (32,1 %), Portugal (14,6 %), Italien (12,1 %) und Irland (11,2 %). In Österreich liegt die Quote derzeit bei 3,8 %.

In den vergangenen Monaten ergingen zahlreiche europäische Initiativen zum Umgang mit notleidenden Krediten. Beispielweise veröffentlichten die EZB in ihrer Rolle als zuständige Aufsichtsbehörde und die Europäische Kommission¹⁸ (EK) konkrete Vorschläge, präventive Maßnahmen gegen einen neuerlichen Anstieg notleidender Kredite in Europa zu setzen. Die Initiativen zielen auf einen rascheren und konsequenteren Umgang mit notleidenden Krediten ab, da sich notleidende

¹⁴ Erste Group Bank AG, Raiffeisen Bank International AG, BAWAG Group AG, Raiffeisenbankengruppe OÖ Verbund eGen, Volksbank Wien AG und Sberbank Europe AG. Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und VTB Bank (Austria) AG gelten seit Jahresbeginn 2018 nicht mehr als bedeutende Institute: Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien hat im Vorjahr das dritte Jahr in Folge das Größenkriterium – 30 Mrd EUR Bilanzsumme – unterschritten. Die russische VTB führte ihre Europa-Aktivitäten in Frankfurt zusammen und verlegte den Sitz nach Deutschland, die ehemalige Tochter in Österreich wurde in eine Zweigstelle umgewandelt.

¹⁵ Die OeNB veröffentlichte im September 2017 einen umfassenden Bericht: <https://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/die-oenb-als-integraler-teil-der-bankenaufsicht.html> über ihre Schwerpunkte und Ergebnisse der Aufsichtstätigkeit.

¹⁶ ECB – Supervisory Banking Statistics, third quarter 2017: <https://www.bankingsupervision.europa.eu/banking/statistics/html/index.en.html>.

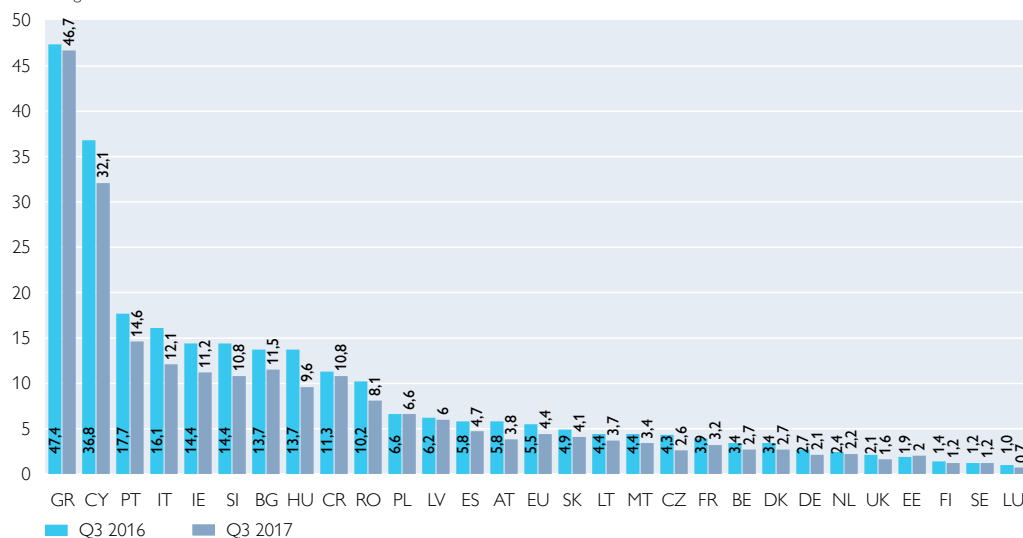
¹⁷ Kredite werden als notleidend bezeichnet, wenn Kreditnehmende mit ihren vereinbarten Rückzahlungen mindestens 90 Tage in Verzug sind, bzw. wenn ihre Rückzahlungen unwahrscheinlich erscheinen und daher Einzelwertberichtigungsbedarf besteht.

¹⁸ Mitteilung der Kommission: Zweiter Fortschrittsbericht über den Abbau notleidender Kredite in Europa <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM:2018:133:FIN>.

Grafik 19

Abbau notleidender Kredite

in % des gesamten Kreditbestandes



Quelle: Mitteilung der Europäischen Kommission: Zweiter Fortschrittsbericht über den Abbau notleidender Kredit in Europa, März 2018.

Kredite durch die erhöhte Zuführung zu den Risikovorsorgen belastend auf die Kreditvergabekapazität und die aufsichtlich vorgeschriebenen Eigenmittel auswirken.

Die EZB veröffentlichte im März 2018 eine Ergänzung zu ihrem im Vorjahr ergangenen Leitfaden für Banken zum Umgang mit notleidenden Krediten. Die Ergänzung beschreibt die aufsichtliche Erwartung zur zeitnahen Bildung von Risikovorsorgen für Kredite, die ab 1. April 2018 als notleidend eingestuft werden. Mit diesen Maßnahmen werden bedeutende Banken im Euroraum einheitlich angehalten, notleidende Kreditforderungen innerhalb von zwei Jahren (unbesicherte) bzw. sieben Jahre (besicherte) wertzuberichtigen. Die Ergänzung ist rechtlich nicht bindend, dient jedoch als Grundlage für den Aufsichtsdiallog zwischen den bedeutenden Instituten und der EZB in ihrer Funktion als zuständige Aufsichtsbehörde. Zudem ist der ergänzende Leitfaden komplementär zu künftigen EU-Rechtsvorschriften zu sehen.

Die Europäische Kommission hat zur Behandlung notleidender Kredite Mitte März 2018 ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet und vorgestellt.¹⁹ Diese Vorschläge müssen jedoch erst den europäischen Gesetzesprozess durchlaufen, bevor sie für die Banken verbindlich werden.

Österreich: Abbau und ausreichende Bevorsorgung von notleidenden Krediten als Resultat einer konsequenten Aufsichtstätigkeit

In den vergangenen Jahren konnten die österreichischen Banken ihre Kreditqualität weiter verbessern. Der Anteil der notleidenden Kredite in den konsolidierten Bankenbilanzen konnte seit Ende 2012 von 8,7% auf 3,8% (Ende 2017) gesenkt werden. Neben der Abschreibung und Verwertung hatten auch Verkäufe von Portfolien notleidender Kredite einen wesentlichen Anteil an dieser Reduktion. Besonders stark

¹⁹ Siehe: Maßnahmen der Europäischen Kommission zum beschleunigten Abbau notleidender Kredite im Bankensektor http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1802_de.htm.

hat der Anteil notleidender Haushalts- und Unternehmenskredite in den Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa abgenommen (von 13,9 % Ende 2012 auf 4,8 % Ende 2017), aber auch in Österreich selbst ist es zu einer Reduktion auf niedrigem Niveau gekommen (von 4,7 % Ende 2012 auf 2,8 % Ende 2017). Zudem verfügen österreichische Banken im europäischen Vergleich über hohe Deckungsquoten (Wertberichtigungen im Verhältnis zu notleidenden Krediten) – während der Wert für europäische Banken bei 50,7%²⁰ liegt, verfügen österreichische Banken über eine Deckungsquote von 63,8 %. Insgesamt ist somit für die österreichischen Banken infolge der neuen Anforderungen an die NPL-Bevorsorgung mit keinen unerwarteten Belastungen zu rechnen.

2.6 Krisenmanagement

Die Ausgestaltung der Bankenabwicklung in Österreich basiert auf der Richtlinie für Sanierung und Abwicklung (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) und deren nationalen Umsetzung in Österreich durch das Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken, BaSAG). Gemäß BaSAG ist die FMA die zuständige Abwicklungsbehörde und wird dabei von der OeNB unterstützt – analog zum dualen Aufsichtssystem. Die wesentlichen Aufgabenbereiche der OeNB sind die Aufbereitung von Informationen und Entscheidungsgrundlagen für die Arbeit an den Abwicklungsplänen sowie die ökonomische Analyse in Bezug auf die Abwicklung von Kreditinstituten. Außerdem werden regelmäßig Analysen zur Auswirkung von Entscheidungen bei der Abwicklungsplanung sowohl auf das Kreditinstitut als auch auf die Finanzmarktstabilität erstellt. Diese Aufgaben werden innerhalb der OeNB von einer eigenständigen Organisationseinheit in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen umgesetzt.

2.7 Regulatorische Weiterentwicklung

Europäisches Gesetzgebungspaket im Bankensektor

Die Europäische Kommission (EK) präsentierte im November 2016 ein umfassendes Legislativpaket mit dem Ziel, die als Reaktion auf die Finanzkrise vorgeschlagenen regulatorischen Maßnahmen weitgehend abzuschließen. Dieses Maßnahmenpaket beinhaltet Änderungen im aufsichtlichen Bereich, etwa der Eigenkapitalvorschriften,²¹ sowie Überarbeitungen im Abwicklungsbereich. Die Vorschläge wurden sowohl im Europäischen Rat als auch im Europäischen Parlament behandelt. Sofern die politischen Verhandlungen im Trilog (EK, Europäischer Rat und Europäisches Parlament) unter Vorsitz von Bulgarien im Rat der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2018 beginnen, könnten diese unter österreichischem Vorsitz im zweiten Halbjahr 2018 abgeschlossen werden. Aus österreichischer Sicht sind folgende Themenbereiche von besonderer Relevanz: Proportionalität in der Regulierung, Sicherstellung der Glaubwürdigkeit und Praktikabilität des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens, Zusammenarbeit zwischen Aufsichts- und Abwicklungsbehörden, etwa bei der Festlegung einer Mindestquote an Kapital und Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities, MREL), sowie eine praktikable Regulierung der Beaufsichtigung von Finanzholdings. Der derzeitige

²⁰ Zahlen zu Deckungsquoten: Mitteilung der Europäischen Kommission – Zweiter Fortschrittsbericht über den Abbau notleidender Kredit in Europa, März 2018.

²¹ Eigenkapitalrichtlinie (CRD), Eigenkapitalverordnung (CRR).

Verhandlungsstand berücksichtigt die prioritären Anliegen Österreichs in einem zufriedenstellenden Ausmaß.

Vorschläge für mehr Proportionalität als Antwort auf die zunehmende Komplexität in der Bankenregulierung

Richtig verstandene Proportionalität ermöglicht es, die Regulierung von der Größe und vom Risikogehalt des Geschäftsmodells abhängig zu machen. Die Bankenlandschaft in Österreich ist sehr heterogen: Sie umfasst sowohl einige große Institute (mit einem im internationalen Vergleich jedoch niedrigen Konzentrationsgrad) als auch viele kleinere Institute. Bei einem Großteil der kleinen Institute (437 Institute²²) beträgt die Bilanzsumme weniger als 500 Mio EUR. Vor diesem Hintergrund hat die OeNB Überlegungen angestellt, inwiefern für sehr kleine Banken, die zudem ein einfaches und risikoarmes Geschäftsmodell aufweisen, das Prinzip der Proportionalität (Verhältnismäßigkeit) in der Regulierung stärker Berücksichtigung finden kann. Die Rahmenbedingungen für Erleichterungen im Sinn der Proportionalität sollen in einer rechtsverbindlichen EU-Regelung (z. B. Verordnung oder Richtlinie) festgelegt werden. Für kleine bzw. wenig komplexe Institute soll es Erleichterungen im Rahmen der aufsichtlichen Anforderungen geben, beispielsweise zu Säule 2 (aufsichtliches Überprüfungsverfahren) und Säule 3 (Marktdisziplin/Offenlegungspflichten). Zudem gibt es weitere Vorschläge zur Vereinfachung der Berichterstattungs- und Beaufsichtigungsverpflichtungen, die beispielsweise die Reduktion des Inhalts und des Detaillierungsgrads für Sanierungs- und Abwicklungspläne sowie Vergütungsvorschriften beinhalten. Im Ergebnis soll es dadurch zu einer Verringerung der Belastung für die betroffenen Banken kommen.

Vollendung der Reformen von Basel III

In den vergangenen Jahren wurden die Eigenkapitalvorschriften des Baseler Bankenausschusses (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) aus dem Jahr 2010 einer umfassenden Überarbeitung unterzogen. Ziel war es, einen Ausgleich zwischen Einfachheit und Risikosensitivität sowie eine erhöhte Vergleichbarkeit der Kapitalkennzahlen zu schaffen.²³ Insbesondere die langwierigen Diskussionen rund um die Ausgestaltung der Kapitaluntergrenze (Output Floor) für Banken die interne Modelle verwenden, verzögerte den für Ende 2016 geplanten Abschluss dieser Reformarbeiten um ein Jahr.²⁴ Die im Dezember 2017 erzielte Einigung sieht für Banken mit internen Modellen eine Untergrenze in Höhe von 72,5 % des auf Basis des Standardmodells errechneten Kapitalbedarfs vor, sodass die Vorteile der auf internen Modellen beruhenden Ansätze begrenzt werden. Von dieser Regelung sind österreichische Banken nach erster Einschätzung²⁵ vergleichsweise wenig betroffen, da

²² Stand 26. März 2018 (3. Quartal 2017).

²³ Die Basler Standards zu Eigenkapital- und Liquiditätsregeln wurden in der EU in zwei verschiedenen Gesetzestexten umgesetzt: Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR) und Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD). Beide sind seit 1. Jänner 2014 anzuwenden.

²⁴ Bereits Ende des Jahres 2016 konnten im Baseler Bankenausschuss Einigungen zur Überarbeitung des Standardansatzes für das Kreditrisiko und des auf internen Ratings basierten Ansatzes sowie zum neuen Standardansatz für operationelle Risiken erzielt werden.

²⁵ Verlässliche Aussagen über die Auswirkungen der Basel-III-Reformen auf die österreichischen Banken können erst nach Durchführung einer Auswirkungsstudie (Quantitative Impact Study, QIS) der EBA getroffen werden. Die Arbeiten dazu wurden im ersten Quartal 2018 aufgenommen.

ein Großteil der Banken zur Berechnung einer angemessenen Eigenmittelausstattung von Kreditrisikopositionen ohnehin den Kreditrisikostandardansatz verwendet bzw. die größeren Banken, die den auf internen Ratings basierenden Ansatz verwenden²⁶, über eine vergleichsweise hohe RWA-Dichte²⁷ verfügen. Die überarbeiteten Standards sind erst ab dem Jahr 2022 gültig, wobei es für einige Regelungen längere Übergangsfristen gibt. Die Empfehlungen des Baseler Bankenausschusses müssen noch in europäische Gesetze umgesetzt werden.

Schaffung eines einheitlichen europäischen Einlagensicherungssystems

Die Schaffung einer europäischen Einlagensicherung (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) als dritte Säule der Bankenunion wurde bereits im Jahr 2015 von der EK mit einem Legislativvorschlag angestoßen. Dieser wurde im Oktober 2017 durch eine Mitteilung der EK mit abgeänderten Vorschlägen nochmals bekräftigt. Die ursprünglich vorgesehenen drei EDIS-Stufen sollen auf zwei (Rückversicherungs- und Mitversicherungsphase) verkürzt werden. Der schrittweise durch Beiträge der Banken zu finanzierende gemeinsame Einlagensicherungsfonds (Deposit Insurance Fund, DIF), der durch den einheitlichen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) verwaltet wird, soll im Jahr 2024 mit 43 Mrd EUR dotiert sein. Die Höhe des Einlegerschutzes soll innerhalb der Bankenunion wie bisher 100.000 EUR pro Einleger und Bank betragen.

Bis zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Einlagensicherungssystems kommt den nationalen Einlagensicherungssystemen weiterhin eine zentrale Rolle zu. Auf europäischer Ebene wurde dazu 2014 ein harmonisierter Rechtsrahmen²⁸ geschaffen, der in Österreich in einem eigenen Bundesgesetz, dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG²⁹), umgesetzt wurde. Das ESAEG sieht die Etablierung eines gemeinsamen Einlagensicherungssystems ab 1. Jänner 2019 dar, dem sich grundsätzlich sämtliche Kreditinstitute anzuschließen haben. Die in Österreich derzeit bestehenden fünf Einlagensicherungssysteme werden von den Fachverbänden daher noch bis 31. Dezember 2018 weiterbetrieben. Eine Ausnahmeregelung besteht jedoch für institutsspezifische Sicherungssysteme (IPS), die – sofern sie bestimmte Voraussetzungen, wie insbesondere ein gewisses Einlagenvolumen, erfüllen – über Genehmigung der FMA ein eigenständiges Einlagensicherungssystem bilden können. Somit können gegebenenfalls auch nach dem 31. Dezember 2018 mehrere Einlagensicherungssysteme in Österreich bestehen.

²⁶ Banken haben grundsätzlich zwei Möglichkeiten ihren Bedarf an Eigenmittel zu berechnen: mittels des Standardansatzes oder mittels des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes (Internal Rating Based, IRB).

²⁷ Die RWA-Dichte gibt das Verhältnis von risikogewichteten Aktiva (RWA) zu den gesamten Aktiva an.

²⁸ Richtlinie 2014/49/EU über Einlagensicherungssysteme: https://www.bmf.gv.at/finanzmarkt/finanz-kapitalmaerkte-eu/2014-49-EU-DE_Einlagensicherung-RL.pdf?67rviz

²⁹ Richtlinie 2014/49/EU über Einlagensicherungssysteme: https://www.bmf.gv.at/finanzmarkt/finanz-kapitalmaerkte-eu/2014-49-EU-DE_Einlagensicherung-RL.pdf?67rviz

3 Tabellenanhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt real¹

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	-3,8	1,8	2,9	0,7	0,0	0,8	1,1	1,5	2,9	2,6	1,9
Euroraum	-4,5	2,1	1,6	-0,9	-0,2	1,3	2,1	1,8	2,3	2,4	2,0
EU	-4,3	2,1	1,7	-0,4	0,3	1,8	2,3	2,0	2,4	2,5	2,1

Verbraucherpreisindizes¹

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	0,8	1,0	2,2	2,2	2,2
Euroraum	0,3	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4	0,0	0,2	1,5	1,3	1,6
EU	1,0	2,1	3,1	2,6	1,5	0,5	0,0	0,3	1,7	1,8	1,8

Arbeitslosenquoten¹

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in % der Erwerbstätigen										
Österreich	5,3	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	5,7	6,0	5,5	5,2	5,1
Euroraum	9,6	10,2	10,2	11,4	12,0	11,6	10,9	10,0	9,1	8,4	8,1
EU	9,0	9,6	9,7	10,5	10,9	10,2	9,4	8,6	7,6	x	x

Leistungsbilanzsalden¹

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in % des BIP										
Österreich	2,6	2,9	1,6	1,5	1,9	2,5	1,9	2,1	1,9	2,5	2,0
Euroraum	0,4	0,4	0,8	2,2	2,8	3,0	3,7	3,6	3,0	3,2	3,1
EU	-0,1	-0,0	0,4	1,2	1,7	1,7	2,2	2,2	2,3	2,4	2,4

Budgetsalden¹

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in % des BIP										
Österreich	-5,3	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,7	-0,3	-0,2
Euroraum	-6,3	-6,2	-4,2	-3,6	-3,0	-2,6	-2,1	-1,5	-1,0	-0,7	-0,6
EU	-6,6	-6,4	-4,6	-4,2	-3,3	-3,0	-2,4	-1,7	x	x	x

Staatsschuldenquoten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2019
	in % des BIP										
Österreich	79,6	82,4	82,2	81,7	81,0	83,8	84,3	83,6	78,6	x	x
Euroraum	78,5	84,0	86,2	89,6	91,5	92,0	90,1	89,1	86,6	84,4	81,9
EU	72,7	78,3	81,0	83,7	85,6	86,5	84,5	83,2	x	x	x

Quelle: Eurostat, OeNB, EZB.

¹ 2018 bis 2019: Prognose des IWF, April 2018.

Anmerkung: x=Daten nicht verfügbar.

Zinszahlungen des Staates

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	3,1	2,9	2,8	2,7	2,6	2,4	2,3	2,1	1,8	1,6

Verschuldung der Haushalte

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	<i>in % des verfügbaren Nettoeinkommens</i>									
Österreich	90,1	93,7	93,3	91,1	90,8	91,0	92,3	91,6	x	x
Euroraum	116,2	118,1	117,6	116,6	115,1	114,4	114,2	113,9	x	x
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	53,9	55,0	53,6	53,0	52,0	51,8	51,8	52,1	x	x
Euroraum	70,8	70,6	69,8	68,9	67,8	66,8	65,6	65,2	x	x

Verschuldung des Unternehmenssektors¹

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	<i>in % des Bruttobetriebsüberschusses²</i>									
Österreich	387,9	390,3	382,2	389,2	418,5	399,0	394,0	402,3	x	x
Euroraum	493,1	479,2	487,4	505,3	491,3	494,5	484,9	480,3	x	x
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	91,8	93,1	92,2	91,7	95,5	91,7	91,3	90,8	x	x
Euroraum	100,6	100,0	102,3	103,3	101,3	103,0	104,9	104,3	x	x

Immobilienpreisindex

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	<i>Index 2000=100</i>									
Österreich ohne Wien	141,1	145,4	152,9	166,7	174,9	166,5	169,3	176,5	175,0	178,8
Wien	196,3	204,6	209,2	217,2	220,4	219,4	220,0	220,1	221,6	220,1
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich ohne Wien	2,7	3,1	5,1	9,1	4,9	5,2	3,5	4,2	4,5	7,3
Wien	8,7	4,2	2,2	3,8	1,5	3,4	-0,1	2,4	3,4	0,3

Quelle: OeNB, Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien, Statistik Austria, EZB.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Anmerkung: x=Daten nicht verfügbar.

Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.

**Medieninhaber
und Herausgeber**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-046698

Koordination

Matthias Fuchs

Wirtschaftsanalyse

Klaus Vondra (Hauptabteilung Volkswirtschaft)

Finanzanalyse

Gabriele Stöffler (Hauptabteilung Europäische Großbankenaufsicht)
Tina Wittenberger (Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung)

Redaktion

Anita Roitner

Grafische Gestaltung

Abteilung Informationsmanagement und Services

Druck und Herstellung

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

© Oesterreichische Nationalbank, 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

